

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 — Telefon 53077 — Herausgeber: Siegfried Laub — Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Sonntag, 24. Jänner 1937

Nr. 21

Dr. Hodzas Rundfunkrede

Heute um 12.02, deutsch um 12.40

Die heutige Rundfunkrede des Ministerpräsidenten Dr. Hodza an die Bevölkerung beginnt, wie von der Leitung des Radiosjournals bekanntgegeben wird, mittags nach dem Mittagsglocken, das ist um 12 Uhr 2 Minuten.

Die Rede wird in einer besonderen Relation des Tschechoslowakischen Pressebüros, die etwa um 12.40 Uhr beginnen wird, deutsch reproduziert werden.

Deutsche Vorsprache

Mittwoch

Vertreter der Verständigungs-Parteien zu Dr. Hodza

Prag. Ueber Einladung des Ministerpräsidenten Dr. Hodza haben die drei deutschen Regierungsparteien ihre nationalpolitischen Forderungen in einem gemeinsamen Memorandum aufgefassen, welches als Grundlage eingehender Verhandlungen dienen soll.

Nach gründlichen Vorarbeiten durch die beteiligten Parteien wurden die Vorschläge vereinheitlicht und zur Ueberreichung fertiggestellt.

Zu diesem Zwecke soll nächste Woche eine Vorsprache der Vertreter der drei deutschen Verständigungs-Parteien beim Vorsitzenden der Regierung stattfinden. Entgegen anderslautenden Presseberichten hören wir, daß dieser Empfang voraussichtlich Mittwoch stattfinden wird.

Madriider Arbeiterviertel bombardiert

Madrid. Samstag Mittag wurde das Arbeiterviertel Puente Vallecas von der Artillerie der Aufständischen eine Stunde lang ungewöhnlich heftig bombardiert. Das Bombardement war der stärkste Artillerieangriff seit Beginn des Bürgerkrieges. In der Umgebung der Vallecas-Brücke wurden einige Häuser dem Erdboden gleichgemacht. Bisher wurden fünf Tote und neun Verletzte gemeldet.

Das Marine- und Flugministerium teilt mit:

Regierungsflugzeuge haben 24 Bomben auf die Stellungen der Aufständischen bei Getafe abgeworfen, worauf sie elf Flugzeuge der Aufständischen auf dem Flugplatz beschossen. Weiter wurden die Linien der Aufständischen bei Teruel bombardiert. Republikanische zweimotorige Flugzeuge beschossen Cadix, wo zahlreiche Schiffe der Aufständischen verankert waren, von denen eins untergegangen ist. Sämtliche Flugzeuge sind ohne Unfall nach ihrer Basis zurückgekehrt.

An der andalusischen Front bei Andujara herrscht Ruhe, die von den Republikanern zur Befestigung ihrer Stellungen ausgenutzt wird. Die Milizionäre erklärten an diesem Abschnitt am Samstag zum erstenmal Flugzeuge der Aufständischen neuen Typs mit Katapulten an den Hängen.

Samstag vormittags unternahm aufständische Flugzeuge einen Anflug auf Malaga, wurden aber von Regierungsflugzeugen vertrieben. Auf der Flucht warfen sie Bomben ab, wobei einige Personen getötet wurden.

Der rumänische Kronprinz schwer erkrankt

Florenz. Der rumänische Kronprinz Mihail, der hier mit seiner Mutter, der Prinzessin Helene, zusammentraf, mußte sich an einer heftigen Klinik einer Blinddarmpoperation unterziehen. Es handelte sich um einen Fall schwerer Entzündung des Blinddarmes mit beginnender Bauchfellentzündung. Der chirurgische Eingriff wurde unverzüglich und zur rechten Zeit vorgenommen. Das Befinden des Patienten wurde am Samstag abends als „zufriedenstellend“ bezeichnet.

Wieder ein Schritt vorwärts

Ausfuhrerleichterungen für die Exportindustrie

Prag. In der Sitzung des Ministerrats von Freitag, dem 22. Jänner wurden die Exporterleichterungen für das Glas-, Porzellan- und Textilindustrie sowie für die Erzeugung von Zellulose beschlossen. Damit ist einer der Forderungen Rechnung getragen, welche die deutsche sozialdemokratische Partei zusammen mit den Gewerkschaften in einem dem Ministerpräsidenten seinerzeit überreichten Memorandum aufgestellt hat und denen u. a. noch am vergangenen Montag unsere Kamerader auf ihrer machtvollen Manifestation in Karlsbad Ausdruck verliehen.

Nach der Devaluation im Oktober, nach der Freigabe eines Teiles der Einfuhr im Dezember, sind die Erleichterungen für die genannten Exportindustrien der dritte Schritt auf dem Wege zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportindustrie.

Die Maßnahmen der Regierung haben eine nicht geringe Bedeutung, insbesondere für die von Deutschen bewohnten Gebiete, da die Glas-, Porzellan- und Textilindustrie vorwiegend in diesen Landstrichen gelegen ist. Es ist zu hoffen, daß die jüngsten Regierungsmassnahmen zu einer Erhöhung der Ausfuhr dieser Industrien und damit zur Erhöhung der Beschäftigung und zu weiterer Abnahme der Arbeitslosigkeit der sudetendeutschen Arbeiter führen werden.

Daß die Regierung diesen Beschluß gefaßt hat, ist ein Ergebnis der positiven Politik der deutschen Sozialdemokraten, die ihren Einfluß dazu verwendeten, um die Lage der sudetendeutschen Arbeiter zu erleichtern, der Arbeitslosen Arbeit und damit Brot zu verschaffen, während die SDP auf den Wahlen ihres Wahlkreises vom Jahre 1935 ruht und ihre Agitatoren in den Versammlungen Phrasen schmettern.

Die Refundierung der Handelssteuern wird durch Ermächtigung der Regierung dem Finanzministerium übertragen. Durch die Neuregelung wird es ermöglicht, den entfallenden Steuerbetrag im Voraus zu bestimmen und festzusetzen.

mäßig zu refundieren. Gleichzeitig wird durch die Anwendung des Grundsatzes, daß die Refundierung nur an die organisierten Industriezweige erfolgt, eine Sicherung gegen individuellen Mißbrauch erzielt und damit gleichzeitig auch ein Stück Ordnung in unseren Export hineingebracht.

Das Finanzministerium gewährte schon bisher Erleichterungen in der Transport-, Kohlen- und Umschlagsteuer, die auf exportierte Waren entfielen, und zwar der Zuckerindustrie, Glas-, Porzellan-, Zelluloseindustrie, dem Export von Malz, Rohwolle und Textilwaren in den Jahren 1931, 1932 und 1933.

Zweck erhöhter Exportförderung wird die Regierung nunmehr die Refundation der Transportsteuer der Porzellan- und Tonwarenindustrie, der Glasindustrie, der Textilindustrie und der Emailleindustrie, und zwar vom Jahre 1934 ab bis einschließlich 1938 bewilligen.

Demnach werden jetzt Zucker, Rohwolle, Malz und Zellulose nicht mehr mit einbezogen.

Den angeführten Industrien wird weiters auf Grund der Gesetzesbestimmungen über die Umsatz- und Luxussteuer auch die Refundation der Umsatzsteuer für die angeführte Periode bewilligt, wobei Rücksicht auf die Ermäßigungen von der Umsatzsteuer genommen werden muß, welche diesen Industrien bereits durch Beschluß der Regierung vom 24. April 1936 bewilligt wurden.

Nach Auffassung aller Fachleute besteht keine Gefahr, daß diese Maßnahmen vom Ausland als Dumping aufgefaßt werden könnten, da es sich nur darum handelt, die Konkurrenz unserer Exportindustrie durch Minderberührung der Handelssteuern auf dieselbe Basis zu bringen wie in den mit uns konkurrierenden Ländern, in denen die Steuern, deren Refundierung beschlossen wurde, zum Teil überhaupt nicht bestehen, zum Teil schon längst ebenfalls — wenn auch nicht immer in derselben Form — refundiert werden.

Die Gefährdung der Tschechoslowakei — die Hauptgefahr des Jahres 1937

Der Außenpolitiker des „Daily Herald“, R. W. Ewer, schreibt in einem Artikel unter der Ueberschrift: „Europa braucht nicht zu verzweifeln“ u. a.:

„Spanien ist nicht die einzige Gefahr. Es gibt andere. Die sichtbarste — tatsächlich im Augenblick die einzig sichtbare Gefahr außer der spanischen — ist die Tschechoslowakei. Deutschland spricht über dieses Land in einer Weise, die auf verborgene Absichten schließen läßt. Wird Deutschland einen plötzlichen Coup rechtfertigen — vielleicht einen Aufstand der Sudetendeutschen, der „Freiwilligen“ aus Deutschland unterstützt werden soll? Oder will es nur auf gewohnte Art das tschechisch-russische Bündnis zu brechen versuchen?“

Dies ist, deutlich genug, ein Gefahrenpunkt, vielleicht der „hauptsächliche“ Punkt von 1937. Zunächst muß Deutschland wieder zu der Erkenntnis gebracht werden — und zwar nicht erst in letzter Stunde, sondern sofort — daß ein Angriff auf die Tschechoslowakei ein Unternehmen wäre, das mit dem größten Risiko für Deutschland verbunden ist und daß das Spiel den Einsatz nicht wert wäre. Zweitens müssen wir ernstlich versuchen, jede begründete Beschwörung oder Befürchtung der Deutschen abzuwehren. Es wäre ganz falsch, weil wir Hitler nicht lieben, alle Beschwörungen der Deutschen mit einer Handbewegung abzutun.“

Ewer vertritt die Ansicht, daß Europa die Kriegsgefahr überwinden kann, wenn durch Wiederherstellung der Völkerverpflichtungen jeder Angriff auf einen abschreckenden Risiko für den Angreifer wird und wenn durch Prüfung aller Beschwörungen und Vorwürfe die internationale Atmosphäre geläutert und beruhigt wird. In die-

sem Falle, sagt er, ist Verzweiflung nicht notwendig.

Auch die Baseler „National-Zeitung“ beschäftigt sich unter dem Titel: „Völkerverpflichtung und Sudetenfrage“ neuerlich anleitender Stelle mit der Sache gegen die Tschechoslowakei und kommt zu der Ansicht, daß diese Sache gewisse besondere Zwecke verfolgen müsse, als welche man nur die Entfesselung eines Aufstandes oder einen Neberfall auf die Republik ansehen könne. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf eine eben in München erschienene Broschüre: „200.000 Sudetendeutsche zu viel!“ von Kurt Borzsch hingewiesen. Dort wird behauptet, der tschechische „Humanist“ vom Grabstein habe auf die Veröhnungsangebote Henkeins geantwortet: „Barnichtet die Deutschen, sie sind die Freunde des Friedens“. Das Schweizer Blatt spricht die Hoffnung aus, daß die Berliner Träume in der Tschechoslowakei so wenig reifen werden wie in Valencia oder Perpignan.

Ratssitzung auf Montag verschoben

Genf. Die Völkerverpflichtung, die Samstag nachmittag stattfinden sollte, wurde auf Montag vertagt. Inzwischen finden private Besprechungen über die zwei Hauptfragen statt, über die noch kein Einvernehmen erzielt worden ist. Delbos und Eden beschäftigten sich heute vormittags mit der Danziger Frage. Der französische Unterstaatssekretär Blénon und der türkische Außenminister Rüschü Aras behandelten die Frage von Alexandrette.

Herunter mit dem Zuckerpreis!

Wir kämpfen um eine grundsätzliche Entscheidung

Schon lange hat keine parlamentarische Aktion in der breitesten Öffentlichkeit einen so sympathischen Widerhall gefunden, wie der Vorschlag des Submittes des Ernährungsausschusses, den Zuckerpreis um etwa 1.40 Kč pro Kilogramm herabzusetzen. Dieser Beschluß kam auf Grund einer großen Zahl von wohlbelegten Petitionen zustande, welche aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen dem Parlamente unterbreitet worden sind. Das Petitionsrecht ist in der Verfassung verankert und es gibt auch dem einfachen Bürger die Möglichkeit, seine Wünsche vor die gesetzgebenden Körperschaften zu bringen. Freilich war es bisher selten der Fall, daß Petitionen eine so eingehende Behandlung erfahren hätten. Vielfach handelt es sich um belanglose Eingaben, die in den zuständigen Parlamentsausschüssen rein formal verhandelt und zumteil dem zuständigen Ministerium zur ebenso formalen Erledigung zugewiesen werden. Im gegenständlichen Falle aber meldete sich ein elementares und wohlbelegtes Interesse der konsumierenden Bevölkerung zu Wort, welche die schon mehrfach versprochene Ermäßigung des Zuckerpreises urgierte. Diesem verfassungsmäßigen Begehren konnte sich die unmittelbar abgestrichelte Körperschaft, in diesem Falle der Ernährungsausschuss des Abgeordnetenhauses, nicht entziehen. Aus dieser Erwägung kam der Ernährungsausschuss zum Entschluß, ein Submittes zur Prüfung des Zuckerpreises einzusetzen.

Dieses Submittes hat in einer Reihe von Beratungen fleißige und gründliche Arbeit geleistet. Der ziemlich umfangreiche und komplizierte Beratungsstoff wurde unter mehrere Spezialreferenten aufgeteilt, die wiederum umfassende Erhebungen pflegten. Kalkulationen verließen und durchgerechneten, die Preise und die Verbrauchsfiguren des In- und Auslandes studierten. Die Ergebnisse dieser umfassenden Prüfung des Problems wurden in Berichten niedergelegt, die sodann die Grundlage für die Schlussfolgerungen des Ausschusses bildeten. Es kam auch, mit Ausnahme eines agrarischen Minoritätsantrages, ein einmütiger Beschluß zustande, was wohl der beste Beweis dafür ist, daß in dem Submittes keine demagogische Diktation betrieben wurde.

Vorausgesetzt, daß der am Mittwoch zusammengetretene Ernährungsausschuss dem Beschluß des Submittes beitrifft, woran kaum zu zweifeln ist, wird im Wege des Parlamentspräsidenten der Gesamtregierung und den zuständigen Ressortministern ein entsprechender Bericht angeleitet werden. Selbstverständlich ist es Sache der zuständigen Regierungsfaktoren, die Auffassung des Ernährungsausschusses nachzuprüfen, aber wir sind überzeugt, daß sowohl der Standpunkt des Submittes, als auch die Referate, auf Grund deren er bezogen wurde, jeder objektiven Nachprüfung standhalten werden.

Auch ohne diese bereitwillig geleistete Vorarbeit stünde die Gesamtregierung vor der Aufgabe, zur Frage des Zuckerpreises endlich positive Stellung zu nehmen. Ueber die Sache ist ja schon lange genug debattiert und geschrieben worden. Den Zucker-Verbrauchern wurden seit einhalb Jahrzehnten die schwersten Opfer aufgebürdet, so daß sie ein unbetreitbares Recht besitzen, zu erfahren, wem diese Opfer zugute kommen und ob sie unter den heutigen Umständen noch mit einer volkswirtschaftlichen oder moralischen Verdrängung gefordert werden können. In dieser Hinsicht beleuchteten einige Pifferen in den ungeliebten Zustand unserer ganzen Zuckervirtschaft. Von der Kampagne 1920—30 wurden nicht ganz 40 Prozent der Gesamtproduktion im Inlande verbraucht und etwa drei Fünftel der Erzeugung mußten exportiert werden. In der Kampagne 1935—36 drückte sich der Rückgang des Ausfuhranteiles darin aus, daß der Anlandsverbrauch bereits 67.23 Prozent der Erzeugung aufnahm. Dadurch sind die Kosten, die dem Anlandskonsumenten zur Deckung der Exportverluste aufgebürdet worden sind, zum guten Teil einfach dem Staat und den einzelnen Zuckerraffinerien in die Taschen geflossen. Nach einer Berechnung der tschechisch-nationalsozialistischen Abgeordneten Baktovä, die dem Submittes vorlag, betrug auslei der jährliche Erfab der Exportverluste in der Form inländischer Ueberpreise und der Steuererleichterungen des Staates 850 Millionen Kč. Die tatsächlich aus-

Sudetendeutscher Zeitspiegel

3. Arbeiter-Wintersport-Olympiade



Die täglich einfallenden Meldungen lassen erkennen, daß die 3. Arbeiter-Wintersport-Olympiade in Johannisbad zu einer gewaltigen internationalen Veranstaltung werden wird. Nicht nur die inländischen Verbände der besetzten Nationen werden durch ihre besten Wettkämpfer vertreten sein, sondern es hat vor allem das Ausland seine besten Wettkämpfer gemeldet.

Norwegen, die Heimat des Skisports, entsendet 22 aktive Wettkämpfer und drei Begleiter, darunter den Vorsitzenden des norwegischen Arbeiter-Sportbundes, von den Ski-„Kanonen“, die gemeldet wurden, seien vorläufig nur vier genannt: Sven Halverson, A. Andersen, Arne Takrud und Arne Døviken. Diese Springer, die in ihrer Heimat nicht selten Sprünge von 65 bis 75 Meter Weiten ausführen, werden auf der Mißbezahls-Schanze in Johannisbad, die die gleichen Weiten zuläßt, ebenfalls ihr Bestes zeigen.

Finnland meldet 15 Aktive und zwei Reisebegleiter, ferner drei Journalisten. Finnland, das Land mit zehntausenden von Seen, wird vor allem in den Langstreckenläufen wohl der ernsteste Konkurrent sein. Es befinden sich unter den Gemeldeten: Saiminen, Koskelainen, Norojaervi und Talsi Arvo. Die Überlegenheit der Finnen bei der letzten Olympiade war herart groß, daß z. B. beim 15-Kilo-

meter-Lauf die ersten neun Plätze von den Finnen besetzt wurden. Seit dieser Zeit haben sich aber die Wintersportverhältnisse im mitteleuropäischen Arbeiterport gebessert, so daß also die heutigen Olympischen Spiele sicherlich ein anderes Bild bringen werden, obwohl auch heute noch die Nordländer uns überlegen sind.

Auch die Schwediz hat die besten Wettkämpfer gemeldet; ihre Stärke liegt im Sprung- und Abfahrtslauf sowie im Slalomlauf. Für diese Disziplinen wurden je acht Mann gemeldet. Wir erwähnen nur Ernst Nuedi, Hans Finschi, Walter Brechtel, Willi Albiez.

Daß die Ungarn und Polen sowie die Schweden und Franzosen es mit den Wettkämpfern sehr ernst nehmen, ist daraus ersichtlich, daß die Vertreter all dieser Nationen bereits früher ins Riesengebirge kommen, um sich mit den hiesigen Verhältnissen vertraut zu machen.

Neben diesen ausländischen Verbänden treffen auch die inländischen Verbände ihre Vorbereitungen. Überall finden Trainings- und Auswahlkämpfe statt. Bei den vorjährigen Verbandsmeisterschaften wurden bei den schlechtesten Schnee-Verhältnissen in Joachimsthal beim Sprunglauf herrliche Leistungen erzielt. Die meisten Wettläufer über der 50-Meter-Grenze; Skoda (DZ) sprang 64,5 Meter. Im 30-Kilometer-Langlauf hat der Aus in Dreher (Dessendorf) einen glänzenden Läufer, der sich sicherlich unter den Nordländern placieren wird.

Die in der Organisation stehenden Genossen arbeiten fieberhaft an dem Gelingen der Olympiade. Die verschiedenen Ausschüsse halten ihre Konferenzen ab, überall herrscht helle Feststimmung.

Dazu kommt, daß es im Riesengebirge viel und herrlichen Pulverschnee gibt, wie er seit vielen Jahren nicht mehr anzutreffen war. Kein Wunder, wenn viele Teilnehmer der Olympiade bereits für längere Zeit ihr Verweilen in den Bergen Mißbezahls angemeldet haben.

Alle, denen es nur halbwegs möglich ist, an der Olympiade teilzunehmen, mögen ehestens ihre Anmeldung vollziehen. Organisiert überall Gesellschaftsreisen, nützt die Gelegenheit aus, nicht nur das wunderschöne Riesengebirge zu sehen, sondern auch die Verbundeshäuser mit allen Wäldern, die noch frei sind, zu dokumentieren. Sorget durch Agitation und Teilnahme für das Gelingen der 3. Arbeiter-Wintersport-Olympiade!

Weshalb ein Arbeiter Selbstmord beging!

Vor einigen Tagen wurde der im Betriebe M. Schur in Märdorf beschäftigte 46 Jahre alte Arbeiter Ferdinand Preisler, der als ruhiger und anständiger Mensch bekannt war, wegen eines von ihm gelieferten sogenannten „Kusschiffes“ zum Lagermeister Triemel zum Rapport verlangt. Bei der Auseinandersetzung kam es schließlich dazu, daß der Obermeister dem Arbeiter die Befehlspläne von den Stühlen wegnahm und ihn nach Hause schickte, um ihn, wie man das so zu sagen pflegt, strafweise aus der Arbeit „auszusetzen“. Der Soldatart „behandelte“ Arbeiter ist schon seit dem 14. Lebensjahre in der Weberei beschäftigt. Man kann also wohl aus dieser langen Arbeitszeit folgern, daß er nicht ein ganz schlechter Arbeiter gewesen sein kann. In Anbetracht der gerade in Märdorf schon seit Jahren außerordentlich tristen Beschäftigungslage im Betriebe Schur, die sich erst in den letzten Monaten gebessert hat, mag der arme Teufel eine lange Periode Arbeitslosigkeit befürchtet haben. Er ging aus dem Betriebe weg, aber nicht etwa nach Hause, sondern ins Freie und errichtete sich am Kreuz des Landwirtes Friedrich. Er hinterläßt eine Witwe und einen zwölfjährigen Sohn.

Präbuz, die Hauptstadt der Slowakei

Gemeinde der Slowakei, es mühte längst zu Präbuz gehören, wird aber gezwungen, in Selbstständigkeit zu verharren. Für diese merkwürdige Kommunalpolitik, die an die „Selbstgenügsamkeit“ des Brünner Liberalismus vor dem Weltkrieg erinnert, sind weniger nationale Gründe maßgebend, obwohl auch diese ihre erhebliche Rolle spielen, als soziale. In den nicht eingemeindeten Vororten fehlt noch vieles, was Präbuz schon besitzt, es gibt meist keine Wasserleitungen, vielfach keine gepflasterten Straßen und auch der Präbuzer Arbeitserfolg erhält zu der staatlichen Unterstützung eine städtische, die sein Unglücksbruder in Engerau oder Oberufer in diesem Umfang bitter entbehrt. Eine Angleichung der armen Vororte an die reichere Stadt bedeutet für diese erhöhte Lasten und es wehren sich daher deren Wohnbevölkerung gegen jede räumliche Erweiterung des städtischen Pflichtbereiches. Der Unternehmer in der Stadt will zwar im Betrieb auf den auswärtigen Arbeiter nicht verzichten, doch für dessen private Existenz keinerlei Verpflichtungen übernehmen. Das soll das arme Dorf.

Der Aufbau der Präbuzer Gemeindeverwaltung erschwert die Verankerung dieses unerfreulichen Zustandes. War in Ungarn die städtische Selbstverwaltung immer schon beschränkter als in Oesterreich, so hat man nach dem Umsturz die Funktionen des Obernotariats, einer typisch ungarischen Einrichtung, noch ausgebaut und darüber hinaus für den Schattenbürgermeister, der dann noch verblieb, keine Wahl, sondern Ernennung dekretiert. Mit dem Erfolge, daß heute die schwächste Partei des Rathauses, die agrarische, in dem industrialisierten und bürokratisierten Präbuz den Bürgermeister stellt.

In nationaler Beziehung, Präbuz liegt fast genau am Schnittpunkt der slowakischen, deutschen und ungarischen Sprachgrenze, hat die Stadt eine knappe slowakische Mehrheit. Die Deutschen mit fast 30 Prozent der Bevölkerung genießen volle Minderheitenrechte, während die Ungarn mit einem halben Prozent unter die notwendigen 20 Prozent gesunken sind und daher auch ihre Sprache im behördlichen Verkehr verzichten müssen. Ein besonderes Element bilden hier wie überall in Osteuropa, und Präbuz ist die Forste zum Osten, die Juden. In ihrer großen Minderheit hatten sie sich seinerzeit zum Ungarnum bekannt, inwieweit sind sehr viele zum Zionismus, bzw. betonten Judentum, aber auch zum Deutschtum abgewandert und, da diese Bewegung noch im Flusse ist und sich inwieweit auch die Angliederung durch die stärkste Nation als immer

Antrittsaudienz des polnischen Gesandten

Prag. Nach einem längeren Interregnum, während dessen nur ein Geschäftsträger die polnische Gesandtschaft in Prag geleitet hatte, übergab am Samstag der neuernannte Gesandte Dr. August Paple dem Präsidenten der Republik Dr. Benes auf der Prager Burg in Anwesenheit des Außenministers Dr. Krofa sein Beglaubigungsschreiben.

In seiner Ansprache erklärte der Gesandte u. a., daß er nicht verabsäumen werde, „besondere Aufmerksamkeit all dem zu widmen, was wirksam dazu beitragen kann, das gegenseitige Verständnis und die gegenseitige Achtung, welche auf der richtigen Einschätzung der tatsächlichen Werte unserer beiden Staaten beruhen, sich ständig mehr zu vertiefen“. Er werde sich bemühen, bei der Erfüllung seiner Mission „ein treuer Dolmetsch des guten Willens der polnischen Regierung zu sein“.

Der Präsident verwies in seiner Antwort u. a. darauf, daß aus der Nachbarschaft der beiden Staaten zahlreiche Fragen sich ergeben, welche voneinander entfernte Staaten in ihren gegenseitigen Beziehungen nicht kennen.

Über die unerlässliche Gemeinschaft der Interessen, welche sich gerade aus der Nachbarschaft der Staaten ergibt, ebenso wie die Erfahrung selbst, daß gute Nachbarschaft dem allgemeinen Interesse jedes von ihnen nur zum Vorteil gereichen kann, müsse notwendigerweise die Nachbarn zu lokaler und freundschaftlicher Zusammenarbeit führen. Er begeh das volle Vertrauen, daß die beiden Staaten, erfüllt von gegenseitigen Verständnis für die Eigenschaften, die sie auszeichnen, und geleitet von dem guten Willen, immer eine entsprechende Lösung der Fragen zu finden, die ihnen die Tagespolitik auferlegt, immer auch den harmonischen Weg finden werden, der zu dem von der großen Gemeinschaft der Staaten verfolgten Ziele führt, das ist zum Frieden und zur Befriedung unter den Völkern.

Henlein beim Rapport

Wie die „Lidové Noviny“ melden, weilten in den letzten Tagen der Führer der SDP, Konrad Henlein mit dem Abgeordneten Neuwirth in Berlin. Den äußeren Anlaß dieses Besuchs bildete die Konferenz der „Sudetendeutschen Kulturgesellschaft“, deren Zweck es sein soll, die Werke sudetendeutscher Schriftsteller (selbstverständlich sofern sie der SDP nahestehen) in Deutschland zu verbreiten. Die beiden Herren haben aber ihre Anwesenheit in Berlin auch zu verschiedenen Aussprachen benützt. Welche Aufträge sie aus Berlin mitbringen, wird man in der Politik der SDP und der Schreibweise der „Zeit“ bald sehen.

Den offiziellen Anlaß zu diesem allerhöchsten Besuch muß offenbar ein Konzert hergeben, das Samstag abends in Berlin zugunsten der Sudetendeutschen Volkshilfe veranstaltet wurde und fogar unter dem Protektorat des tschechoslowakischen Gesandten Dr. Rastny stand. Neben Henlein und Dr. Neuwirth waren auch Pfarrer Wehrens und vom Bund der Deutschen, Professor Gehner vom Deutschen Kulturverband und Professor Verharde vom Deutschen Turnverband in der Tschechoslowakei erschienen. Die Genannten waren auch zu der anschließenden Rezeption in der Privatwohnung des Gesandten geladen. — Hoffentlich hat Henlein diese Gelegenheit benützt, um bei den dort anwesenden Reichsdeutschen nachdrücklich die falschen Eindrücke über die Tschechoslowakei zu zerstreuen, die im Gefolge der bekannten Goebbelspropaganda bei ihnen sicher in reichem Maße zu finden sein dürften!

Bürgermeisterwahl in Budweis. In Budweis fand Samstag nachmittags die Wahl des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter statt. Zum Bürgermeister wurde mit 81 von 42 Stimmen der tschechische Nationalsozialist Wg. Alois Neuman, zum ersten Stellvertreter Fabrikant Bozár (Nat. Ver.) und zum zweiten Stellvertreter der Uhrmacher Reitel gewählt.

Die täglich einfallenden Meldungen lassen erkennen, daß die 3. Arbeiter-Wintersport-Olympiade in Johannisbad zu einer gewaltigen internationalen Veranstaltung werden wird. Nicht nur die inländischen Verbände der besetzten Nationen werden durch ihre besten Wettkämpfer vertreten sein, sondern es hat vor allem das Ausland seine besten Wettkämpfer gemeldet.

Norwegen, die Heimat des Skisports, entsendet 22 aktive Wettkämpfer und drei Begleiter, darunter den Vorsitzenden des norwegischen Arbeiter-Sportbundes, von den Ski-„Kanonen“, die gemeldet wurden, seien vorläufig nur vier genannt: Sven Halverson, A. Andersen, Arne Takrud und Arne Døviken. Diese Springer, die in ihrer Heimat nicht selten Sprünge von 65 bis 75 Meter Weiten ausführen, werden auf der Mißbezahls-Schanze in Johannisbad, die die gleichen Weiten zuläßt, ebenfalls ihr Bestes zeigen.

Finnland meldet 15 Aktive und zwei Reisebegleiter, ferner drei Journalisten. Finnland, das Land mit zehntausenden von Seen, wird vor allem in den Langstreckenläufen wohl der ernsteste Konkurrent sein. Es befinden sich unter den Gemeldeten: Saiminen, Koskelainen, Norojaervi und Talsi Arvo. Die Überlegenheit der Finnen bei der letzten Olympiade war herart groß, daß z. B. beim 15-Kilo-

Präbuz, die Hauptstadt der Slowakei

Gemeinde der Slowakei, es mühte längst zu Präbuz gehören, wird aber gezwungen, in Selbstständigkeit zu verharren. Für diese merkwürdige Kommunalpolitik, die an die „Selbstgenügsamkeit“ des Brünner Liberalismus vor dem Weltkrieg erinnert, sind weniger nationale Gründe maßgebend, obwohl auch diese ihre erhebliche Rolle spielen, als soziale. In den nicht eingemeindeten Vororten fehlt noch vieles, was Präbuz schon besitzt, es gibt meist keine Wasserleitungen, vielfach keine gepflasterten Straßen und auch der Präbuzer Arbeitserfolg erhält zu der staatlichen Unterstützung eine städtische, die sein Unglücksbruder in Engerau oder Oberufer in diesem Umfang bitter entbehrt. Eine Angleichung der armen Vororte an die reichere Stadt bedeutet für diese erhöhte Lasten und es wehren sich daher deren Wohnbevölkerung gegen jede räumliche Erweiterung des städtischen Pflichtbereiches. Der Unternehmer in der Stadt will zwar im Betrieb auf den auswärtigen Arbeiter nicht verzichten, doch für dessen private Existenz keinerlei Verpflichtungen übernehmen. Das soll das arme Dorf.

Der Aufbau der Präbuzer Gemeindeverwaltung erschwert die Verankerung dieses unerfreulichen Zustandes. War in Ungarn die städtische Selbstverwaltung immer schon beschränkter als in Oesterreich, so hat man nach dem Umsturz die Funktionen des Obernotariats, einer typisch ungarischen Einrichtung, noch ausgebaut und darüber hinaus für den Schattenbürgermeister, der dann noch verblieb, keine Wahl, sondern Ernennung dekretiert. Mit dem Erfolge, daß heute die schwächste Partei des Rathauses, die agrarische, in dem industrialisierten und bürokratisierten Präbuz den Bürgermeister stellt.

In nationaler Beziehung, Präbuz liegt fast genau am Schnittpunkt der slowakischen, deutschen und ungarischen Sprachgrenze, hat die Stadt eine knappe slowakische Mehrheit. Die Deutschen mit fast 30 Prozent der Bevölkerung genießen volle Minderheitenrechte, während die Ungarn mit einem halben Prozent unter die notwendigen 20 Prozent gesunken sind und daher auch ihre Sprache im behördlichen Verkehr verzichten müssen. Ein besonderes Element bilden hier wie überall in Osteuropa, und Präbuz ist die Forste zum Osten, die Juden. In ihrer großen Minderheit hatten sie sich seinerzeit zum Ungarnum bekannt, inwieweit sind sehr viele zum Zionismus, bzw. betonten Judentum, aber auch zum Deutschtum abgewandert und, da diese Bewegung noch im Flusse ist und sich inwieweit auch die Angliederung durch die stärkste Nation als immer

Präbuz, die Hauptstadt der Slowakei

Gemeinde der Slowakei, es mühte längst zu Präbuz gehören, wird aber gezwungen, in Selbstständigkeit zu verharren. Für diese merkwürdige Kommunalpolitik, die an die „Selbstgenügsamkeit“ des Brünner Liberalismus vor dem Weltkrieg erinnert, sind weniger nationale Gründe maßgebend, obwohl auch diese ihre erhebliche Rolle spielen, als soziale. In den nicht eingemeindeten Vororten fehlt noch vieles, was Präbuz schon besitzt, es gibt meist keine Wasserleitungen, vielfach keine gepflasterten Straßen und auch der Präbuzer Arbeitserfolg erhält zu der staatlichen Unterstützung eine städtische, die sein Unglücksbruder in Engerau oder Oberufer in diesem Umfang bitter entbehrt. Eine Angleichung der armen Vororte an die reichere Stadt bedeutet für diese erhöhte Lasten und es wehren sich daher deren Wohnbevölkerung gegen jede räumliche Erweiterung des städtischen Pflichtbereiches. Der Unternehmer in der Stadt will zwar im Betrieb auf den auswärtigen Arbeiter nicht verzichten, doch für dessen private Existenz keinerlei Verpflichtungen übernehmen. Das soll das arme Dorf.

Der Aufbau der Präbuzer Gemeindeverwaltung erschwert die Verankerung dieses unerfreulichen Zustandes. War in Ungarn die städtische Selbstverwaltung immer schon beschränkter als in Oesterreich, so hat man nach dem Umsturz die Funktionen des Obernotariats, einer typisch ungarischen Einrichtung, noch ausgebaut und darüber hinaus für den Schattenbürgermeister, der dann noch verblieb, keine Wahl, sondern Ernennung dekretiert. Mit dem Erfolge, daß heute die schwächste Partei des Rathauses, die agrarische, in dem industrialisierten und bürokratisierten Präbuz den Bürgermeister stellt.

In nationaler Beziehung, Präbuz liegt fast genau am Schnittpunkt der slowakischen, deutschen und ungarischen Sprachgrenze, hat die Stadt eine knappe slowakische Mehrheit. Die Deutschen mit fast 30 Prozent der Bevölkerung genießen volle Minderheitenrechte, während die Ungarn mit einem halben Prozent unter die notwendigen 20 Prozent gesunken sind und daher auch ihre Sprache im behördlichen Verkehr verzichten müssen. Ein besonderes Element bilden hier wie überall in Osteuropa, und Präbuz ist die Forste zum Osten, die Juden. In ihrer großen Minderheit hatten sie sich seinerzeit zum Ungarnum bekannt, inwieweit sind sehr viele zum Zionismus, bzw. betonten Judentum, aber auch zum Deutschtum abgewandert und, da diese Bewegung noch im Flusse ist und sich inwieweit auch die Angliederung durch die stärkste Nation als immer

Präbuz, die Hauptstadt der Slowakei

Gemeinde der Slowakei, es mühte längst zu Präbuz gehören, wird aber gezwungen, in Selbstständigkeit zu verharren. Für diese merkwürdige Kommunalpolitik, die an die „Selbstgenügsamkeit“ des Brünner Liberalismus vor dem Weltkrieg erinnert, sind weniger nationale Gründe maßgebend, obwohl auch diese ihre erhebliche Rolle spielen, als soziale. In den nicht eingemeindeten Vororten fehlt noch vieles, was Präbuz schon besitzt, es gibt meist keine Wasserleitungen, vielfach keine gepflasterten Straßen und auch der Präbuzer Arbeitserfolg erhält zu der staatlichen Unterstützung eine städtische, die sein Unglücksbruder in Engerau oder Oberufer in diesem Umfang bitter entbehrt. Eine Angleichung der armen Vororte an die reichere Stadt bedeutet für diese erhöhte Lasten und es wehren sich daher deren Wohnbevölkerung gegen jede räumliche Erweiterung des städtischen Pflichtbereiches. Der Unternehmer in der Stadt will zwar im Betrieb auf den auswärtigen Arbeiter nicht verzichten, doch für dessen private Existenz keinerlei Verpflichtungen übernehmen. Das soll das arme Dorf.

Der Aufbau der Präbuzer Gemeindeverwaltung erschwert die Verankerung dieses unerfreulichen Zustandes. War in Ungarn die städtische Selbstverwaltung immer schon beschränkter als in Oesterreich, so hat man nach dem Umsturz die Funktionen des Obernotariats, einer typisch ungarischen Einrichtung, noch ausgebaut und darüber hinaus für den Schattenbürgermeister, der dann noch verblieb, keine Wahl, sondern Ernennung dekretiert. Mit dem Erfolge, daß heute die schwächste Partei des Rathauses, die agrarische, in dem industrialisierten und bürokratisierten Präbuz den Bürgermeister stellt.

In nationaler Beziehung, Präbuz liegt fast genau am Schnittpunkt der slowakischen, deutschen und ungarischen Sprachgrenze, hat die Stadt eine knappe slowakische Mehrheit. Die Deutschen mit fast 30 Prozent der Bevölkerung genießen volle Minderheitenrechte, während die Ungarn mit einem halben Prozent unter die notwendigen 20 Prozent gesunken sind und daher auch ihre Sprache im behördlichen Verkehr verzichten müssen. Ein besonderes Element bilden hier wie überall in Osteuropa, und Präbuz ist die Forste zum Osten, die Juden. In ihrer großen Minderheit hatten sie sich seinerzeit zum Ungarnum bekannt, inwieweit sind sehr viele zum Zionismus, bzw. betonten Judentum, aber auch zum Deutschtum abgewandert und, da diese Bewegung noch im Flusse ist und sich inwieweit auch die Angliederung durch die stärkste Nation als immer

Präbuz, die Hauptstadt der Slowakei

Gemeinde der Slowakei, es mühte längst zu Präbuz gehören, wird aber gezwungen, in Selbstständigkeit zu verharren. Für diese merkwürdige Kommunalpolitik, die an die „Selbstgenügsamkeit“ des Brünner Liberalismus vor dem Weltkrieg erinnert, sind weniger nationale Gründe maßgebend, obwohl auch diese ihre erhebliche Rolle spielen, als soziale. In den nicht eingemeindeten Vororten fehlt noch vieles, was Präbuz schon besitzt, es gibt meist keine Wasserleitungen, vielfach keine gepflasterten Straßen und auch der Präbuzer Arbeitserfolg erhält zu der staatlichen Unterstützung eine städtische, die sein Unglücksbruder in Engerau oder Oberufer in diesem Umfang bitter entbehrt. Eine Angleichung der armen Vororte an die reichere Stadt bedeutet für diese erhöhte Lasten und es wehren sich daher deren Wohnbevölkerung gegen jede räumliche Erweiterung des städtischen Pflichtbereiches. Der Unternehmer in der Stadt will zwar im Betrieb auf den auswärtigen Arbeiter nicht verzichten, doch für dessen private Existenz keinerlei Verpflichtungen übernehmen. Das soll das arme Dorf.

Der Aufbau der Präbuzer Gemeindeverwaltung erschwert die Verankerung dieses unerfreulichen Zustandes. War in Ungarn die städtische Selbstverwaltung immer schon beschränkter als in Oesterreich, so hat man nach dem Umsturz die Funktionen des Obernotariats, einer typisch ungarischen Einrichtung, noch ausgebaut und darüber hinaus für den Schattenbürgermeister, der dann noch verblieb, keine Wahl, sondern Ernennung dekretiert. Mit dem Erfolge, daß heute die schwächste Partei des Rathauses, die agrarische, in dem industrialisierten und bürokratisierten Präbuz den Bürgermeister stellt.

In nationaler Beziehung, Präbuz liegt fast genau am Schnittpunkt der slowakischen, deutschen und ungarischen Sprachgrenze, hat die Stadt eine knappe slowakische Mehrheit. Die Deutschen mit fast 30 Prozent der Bevölkerung genießen volle Minderheitenrechte, während die Ungarn mit einem halben Prozent unter die notwendigen 20 Prozent gesunken sind und daher auch ihre Sprache im behördlichen Verkehr verzichten müssen. Ein besonderes Element bilden hier wie überall in Osteuropa, und Präbuz ist die Forste zum Osten, die Juden. In ihrer großen Minderheit hatten sie sich seinerzeit zum Ungarnum bekannt, inwieweit sind sehr viele zum Zionismus, bzw. betonten Judentum, aber auch zum Deutschtum abgewandert und, da diese Bewegung noch im Flusse ist und sich inwieweit auch die Angliederung durch die stärkste Nation als immer

Präbuz, die Hauptstadt der Slowakei

Gemeinde der Slowakei, es mühte längst zu Präbuz gehören, wird aber gezwungen, in Selbstständigkeit zu verharren. Für diese merkwürdige Kommunalpolitik, die an die „Selbstgenügsamkeit“ des Brünner Liberalismus vor dem Weltkrieg erinnert, sind weniger nationale Gründe maßgebend, obwohl auch diese ihre erhebliche Rolle spielen, als soziale. In den nicht eingemeindeten Vororten fehlt noch vieles, was Präbuz schon besitzt, es gibt meist keine Wasserleitungen, vielfach keine gepflasterten Straßen und auch der Präbuzer Arbeitserfolg erhält zu der staatlichen Unterstützung eine städtische, die sein Unglücksbruder in Engerau oder Oberufer in diesem Umfang bitter entbehrt. Eine Angleichung der armen Vororte an die reichere Stadt bedeutet für diese erhöhte Lasten und es wehren sich daher deren Wohnbevölkerung gegen jede räumliche Erweiterung des städtischen Pflichtbereiches. Der Unternehmer in der Stadt will zwar im Betrieb auf den auswärtigen Arbeiter nicht verzichten, doch für dessen private Existenz keinerlei Verpflichtungen übernehmen. Das soll das arme Dorf.

Der Aufbau der Präbuzer Gemeindeverwaltung erschwert die Verankerung dieses unerfreulichen Zustandes. War in Ungarn die städtische Selbstverwaltung immer schon beschränkter als in Oesterreich, so hat man nach dem Umsturz die Funktionen des Obernotariats, einer typisch ungarischen Einrichtung, noch ausgebaut und darüber hinaus für den Schattenbürgermeister, der dann noch verblieb, keine Wahl, sondern Ernennung dekretiert. Mit dem Erfolge, daß heute die schwächste Partei des Rathauses, die agrarische, in dem industrialisierten und bürokratisierten Präbuz den Bürgermeister stellt.

In nationaler Beziehung, Präbuz liegt fast genau am Schnittpunkt der slowakischen, deutschen und ungarischen Sprachgrenze, hat die Stadt eine knappe slowakische Mehrheit. Die Deutschen mit fast 30 Prozent der Bevölkerung genießen volle Minderheitenrechte, während die Ungarn mit einem halben Prozent unter die notwendigen 20 Prozent gesunken sind und daher auch ihre Sprache im behördlichen Verkehr verzichten müssen. Ein besonderes Element bilden hier wie überall in Osteuropa, und Präbuz ist die Forste zum Osten, die Juden. In ihrer großen Minderheit hatten sie sich seinerzeit zum Ungarnum bekannt, inwieweit sind sehr viele zum Zionismus, bzw. betonten Judentum, aber auch zum Deutschtum abgewandert und, da diese Bewegung noch im Flusse ist und sich inwieweit auch die Angliederung durch die stärkste Nation als immer

Die reichsdeutschen Grenzermethoden

befeuhtet schlaglichtartig ein Vorfall, der sich am vergangenen Sonntag auf sächsischem Gebiet bei Saupsdorf abspielte. Als der Feger Wenzel Klinger aus Thomasdorf, der ein zum Teil auch auf sächsischem Gebiet liegendes Waldrevier zu betreten hat, sich auf dem Rückweg von einem Dienstgang befand, wurde er plötzlich von dem reichsdeutschen Finanzorganer Kays angehalten und nach dem Grenzaustritt befragt. Während Klinger, der allen Grenzorganen gut bekannt ist, den Ausweis vorzeigt, schob der Finanzorganer plötzlich den Jagdhund des Fegers nieder, der ruhig neben seinem Herrn saß. Dann ergriff Kays den Feger am Arm und forderte ihn mit groben Worten auf, unverzüglich mit nach Saupsdorf zu kommen.

Falls er nicht gutwillig folge, schiesse er ihn ebenso nieder wie den Hund.

Klinger blieb nichts übrig, als sich der Gewalt zu fügen. Beim Saupsdorfer Gemeindevorstand angelangt, wurde dem Feger von seinen Kollegen bedeutet, daß er mit der Verhaftung Kingers einen Uebergriff begangen habe. Trotzdem hielt es der Finanzorganer nicht für notwendig, sich bei Klinger wegen seines merkwürdigen Vorgehens zu entschuldigen. Klinger mußte sofort wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Für den erlöschenden Jagdhund meldete er einen Schadenerschaftsanspruch von 100 Reichsmark an.

Sozialdemokratischer Vertrauensmann tödlich verunglückt

In Stallitz, im Bezirke Komotau, ist Genosse Ernst Wium vom elektrischen Strom getötet worden. Er war damit beschäftigt, die Lichtleitung von den Schneemassen zu reinigen, und mußte im Transformatorhaus den Strom ausschalten. Dabei kam er in den Stromkreis und wurde getötet. Die Arbeiterbewegung des Erzgebirges verliert in ihm einen treuen, aufrechten Verfechter der sozialistischen Idee, dem ein dauerndes, ehrendes Gedenken gewahrt bleiben wird.

Die Neue Erziehung behandelt in der eben erschienenen Jännerfolge in einer Reihe ausgezeichneter Beiträge aktuelle Erziehungs- und Bildungsfragen. Prof. Dr. Köhler richtet an den Abg. Prof. Macek in einem offenen Briefe Worte zur Kritik an unserer Mittelschule. Direktor Paul Fürstenau nimmt in eingehender Weise Stellung zum Problem Weltanschauung und Erziehung. Abg. Wenzel fasst bespricht die Bedeutung der nationalen Befriedung für die Tschechoslowakei. Die Stellung des Obmannes des Deutschen Lehrerbundes zur Wehrerziehung wird mit den Tatsachen im „neuen“ Deutschland verglichen. In einer großen Reihe von Notizen und kurzen Aufsätzen wird die Gehaltsfrage der Lehrer und Staatsangestellten, die Reform des kaufmännischen Schulwesens, das nationalsozialistische Schulwesen, französische, englische u. a. Bildungsprobleme behandelt. Die Nummer ist sehr umfangreich und wertvoll. Die Neue Erziehung erscheint jährlich 10mal und kostet jährlich nur 15 Kč. Sie sollte in keiner Lehrerbücherei fehlen. Bestellungen in der Verwaltung der Neuen Erziehung, Kuffin, Serrenagasse 8.

Vom Rundfunk

- Empfehlenswertes aus den Programmen:
- Montag
- Prag, Sender I: 7.00: Salonorchesterkonzert. 10.05: Deutsche Presse. 11.30: Klassische Vorspiele. 12.10: Unterhaltungskonzert. 13.30: Arbeitsmarkt. 17.35: Violinkonzert. 18.10: Deutsche Sendung: Dr. Kallotter: Unter Kind hat ein schlechtes Benehmen. 18.20: Feiertag: Suite. 18.35: Prof. Geyher: Die soziale Arbeit des deutschen Kulturverbands. 18.45: Deutsche Presse. 21.00: Rundfunkorchesterkonzert. 22.20: Tanzmusik. — Sender II: 7.30: Salonorchesterkonzert. 14.20: Deutsche Sendung: Albert Eifers Humantät. 14.35: Schallplatten. 14.50: Deutsche Presse. 18.10: Konzert. — Brünn: 17.40: Deutsche Sendung: Dr. Werner: Die Frau und das Problem der Liebe. 18.10: Französisches. — Preßburg: 20.30: Hebräische Melodien. 21.00: Jubiläumskonzert. — Kaschau: 12.05: Opernrevue. 15.00: Veehoven: Klavierkonzerte. 15.30: Rundfunkorchesterkonzert. — Mähr. Odrau: 18.10: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Werner: Erinnerungen an die Arbeiterbewegung in der alten Monarchie. 19.25: Leichte Musik.
- Dienstag
- Prag, Sender I: 7.00: Morgenmusik. 10.15: Deutsche Sendung: Für die Frau. 10.30: Operettenabende. 11.05: Rundfunk für die deutschen Schulen. 12.10 Operarien. 15.00: Orchesterkonzert P.M. 17.30: Konzert der Schweizer Violacellistin Schein. 18.10: Deutsche Sendung: Dörner: Wirtschaftliches Relief. 18.20: Heimische Komponisten. 18.35: Deutscher Kulturbericht vom Tage. — Sender II: 7.30: Populäres Konzert. 14.15: Deutsche Sendung: Dr. Goldschmidt: Geistliche Volkslied. 14.30: Schallplatten. 14.50: Deutsche Presse. 18.00: Salonquartett. — Brünn: 17.40: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Sozialinformationen, Kurza: Probleme der Sozialversicherung. 18.35: Arbeitsmarkt. 20.55: Rundfunkorchesterkonzert. — Preßburg: 17.40: Schubert: Sonate A-dur. — Kaschau: 11.05: Populäres Konzert. 12.05: Operarien. 17.30: Elowalliche Volkslieder. — Mähr. Odrau: 17.30: Weigenkonzert. 18.10: Deutsche Sendung: Landwirtschaft.

Das Oberste Verwaltungsgericht

Von Dr. Egon Schwalb

Der Erste Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtes, Dr. Emil Šácha, hat einmal erklärt, daß es das Verdien ist des liberalen Regimes der Deutschen Oesterreichs ist und, solange der Gedanke des Rechtsstaates nicht überlebt ist, der Stolz dieser geschichtlichen Epoche bleiben wird, daß vor mehr als 60 Jahren ein unabhängiges Verwaltungstribunal errichtet worden ist, mit der Aufgabe, den einzelnen Bürger in seinen Rechten gegen geschwundene Akte der Verwaltungsbehörden zu schützen. Das Rechts- und Kulturgut, welches die Tschechoslowakische Republik durch die Rezeption des österreichischen Verwaltungsgerichtshofgesetzes übernommen hat, ist von den leitenden Richtern des tschechoslowakischen Verwaltungsgerichtes mit Pantáček und dann Šácha an der Spitze gewissenhaft verwaltet, bewahrt und gemehrt worden. Es ist gewiß keine Uebertreibung, wenn wir darauf hinweisen, daß die Existenz und die Qualität des tschechoslowakischen Obersten Verwaltungsgerichtes einen der wertvollsten Bestände der tschechoslowakischen Rechtskultur darstellt. In einem so kostbaren und wertvollen Bauwerke dürfen Umbauten und Zubauten nur mit ganz besonderer Vorsicht und Umsicht, Niederreichungen nur in Fällen äußerster Notwendigkeit vorgenommen werden. Wenn wir den Regierungsentwurf eines Gesetzes über das Oberste Verwaltungsgericht beurteilen wollen, den die Regierung in der vergangenen Woche dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, so müssen wir von dieser Grundtatsache der Beurteilung des ganzen Problems ausgehen.

Die Existenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit und das Ueberviegen der bei ihr vorwaltenden technischen und fachlichen Momente haben es verhindert, daß die Einrichtung so populär geworden ist, wie sie es verdient, woraus dann weiter folgt, daß das Interesse der Öffentlichkeit an diesen Fragen nicht allzu groß ist.

Eine Reform des Obersten Verwaltungsgerichtes ist notwendig, weil seine Ueberlastung den praktischen Wert seiner Tätigkeit immer mehr herabmindert. Der vorliegende Entwurf ist bestrebt, durch direkte und indirekte Mittel eine Entlastung des Gerichtes herbeizuführen. Die Entlastung soll durch eine Einschränkung der Kompetenz, durch Verteuerung des Verfahrens, durch organisatorische Veränderungen im Gefüge des Gerichtes (z. B. Einführung von Hilfsreferenten) und durch eine verstärkte Bindung der Verwaltungsbehörden an die Rechtsansicht des Obersten Verwaltungsgerichtes herbeigeführt werden.

Die erweiterte Bindung der Administrativbehörden an die Rechtsansicht des Obersten Verwaltungsgerichtes wird im § 13, Abs. 4 des Entwurfes derart geplant, daß Rechtsfälle, die ein erweiterter neungliederiger Senat des Obersten Verwaltungsgerichtes beschließt, im Amtsblatte kundgemacht werden, mit der Folge, daß die derart publizierten Rechtsgrundfälle für die Verwaltungsbehörden verbindlich sind. Damit diese Bestimmung nicht zu einer Verfeinerung und Vertwöhnung der Rechtsentwicklung führt, ist vorgesehen, daß der Erste Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtes berechtigt und über begründeten, mit Zustimmung der Regierung gestellten Antrag eines Ministeriums verpflichtet ist, eine derartige Frage auch zu wiederholten Malen dem erweiterten Senat zu neuerlicher Erörterung vorzulegen. Mit Zweidrittelmehrheit kann der Senat von einem publizierten Rechtsfalle abgehen.

Wenn die Behörden einen derartig publizierten Rechtsfall nicht respektieren und die Partei genötigt ist, Rechtshilfe beim Obersten Verwaltungsgericht in Anspruch zu nehmen, so kann das Oberste Verwaltungsgericht nach dem vorgeschlagenen Wortlaut des § 40 des Gesetzes die Verwaltungsbehörde verurteilen, dem erfolgreichen Beschwerdeführer die mit der Ueberreichung der Beschwerde verbundenen Kosten zu ersetzen.

Diese Neuerungen sind — von technischen Einwendungen gegen die Detailregelung abgesehen — ebenso zu begrüßen, wie die meisten der vorgeschlagenen organisatorischen und verfahrensrechtlichen Veränderungen.

Dagegen bestehen gegen die von der Vorlage beabsichtigten Einengungen der Kompetenz des Obersten Verwaltungsgerichtes und die Verteuerung des Verfahrens gewichtige Bedenken. Nach dem ursprünglichen Wortlaute des Verwaltungsgerichtshofgesetzes von 1875 waren Angelegenheiten, in denen und insoweit die Verwaltungsbehörden nach freiem Ermessen vorzugehen berechtigt sind, von der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes ausgeschlossen. Der berühmte tschechische Staatsrechtler Jifi Prážák hat schon 1875 dargelegt, daß diese Bestimmung einen Konstruktionsfehler hat, wie Šácha feststellt, durch fast ein halbes Jahrhundert den von Prážák vorhergesehenen ungünstigen Einfluß auf die Judikatur des Gerichtshofes ausgeübt. Darum hat Pantáček, der Verfasser des Gesetzes vom 8. November 1918 über das tschechoslowakische Oberste Verwaltungsgericht und dessen erster Chef, die Bestimmung über den Ausschluß der Ermessenssachen aus dem Verwaltungsgerichtshofgesetz gestrichen. Dadurch

wurde natürlich nicht ein Rechtszustand herbeigeführt, wonach das Oberste Verwaltungsgericht berechtigt wäre, an die Stelle des freien Ermessens der Verwaltungsbehörde sein eigenes freies Ermessen zu setzen oder die Zweckmäßigkeit der erlassenen Entscheidung zu überprüfen, wohl aber wurde das Oberste Verwaltungsgericht dadurch unabhängig festzustellen, ob die Ermessensentscheidung nicht an einer Geschwundigkeit oder an einem wesentlichen Verfahrensmangel leidet. Nach heutigem Recht ist das Oberste Verwaltungsgericht — und dies ist eine wertvolle Errungenschaft — kompetent, zu entscheiden, ob die Verwaltungsbehörde nicht den Rahmen gesprengt hat, innerhalb dessen sich ihr freies Ermessen bewegen soll, ob sie nicht jene Grenzen überschritten hat, welche die Gesamtintention des Gesetzes und das Wesen der Sache ihr sehen und ob sich die Behörde bei ihrer Entscheidung nicht von anderen Rücksichten leiten ließ als von jenen, die der gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Durch die Vorlage soll nun der Stand, wie er vor dem 2. November 1918 war, wieder hergestellt werden. Im Gegensatz zu dem, was Männer wie Prážák, Pantáček und Šácha gelehrt, durchgeführt und praktiziert haben, soll der Konstruktionsfehler des alten Gesetzes wieder eingeführt werden. Dagegen muß auf das Entscheidendste protestiert werden. Neben diesem grundsätzlichen Hinweis sei auch noch bemerkt, daß von dieser Bestimmung keinerlei Entlastung des Gerichtes zu erwarten ist.

Von der Kompetenz des Obersten Verwaltungsgerichtes sollen in Zukunft Streitigkeiten über öffentliche Abgaben und Kostenergüsse ausgenommen sein, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von Kč 500.— zweifelslos nicht übersteigt. Wir verkennen nicht, daß es unangemessen ist, wenn ein Senat von mehreren hochqualifizierten und vielbeschäftigten Richtern verhalten wird, sich mit Sachen geringen Streitwertes zu beschäftigen. Dem steht aber gegenüber, daß es doch sehr bedenklich ist, Fragen wegen ihres geringen Geldwertes und nur wegen ihres geringen Geldwertes der Ueberprüfung durch das Oberste Verwaltungsgericht zu entziehen. Wenn jemand in einer Sache, deren Geldwert Kč 500.— nicht übersteigt, eine mit hohen Kosten verbundene Verwaltungsgerichtsbeschwerde überreicht, so führen ihn gewichtige Gründe dazu, die beweisen, daß das wirkliche Interesse an der autoritativen Lösung der Frage für den Beschwerdeführer oder eine Personennmehrheit, der er angehört, von weitläufiger Bedeutung ist, als sie der Geldbetrag repräsentiert. Man muß auch bedenken, daß öffentliche Abgaben wiederkehrende Leistungen sind und daß, wenn auch die einzelne Leistung Kč 500.— nicht übersteigt, auch der reine Geldwert viel höher sein kann, als der Streitgegenstand des einzelnen Falles anzeigt.

Gegen den Ausschluß wegen der Geringfügigkeit des Betrages ergeben sich auch Bedenken vom verfassungsrechtlichen Standpunkte.

Im Entwurfe ist zwar vorgesehen, daß das Oberste Verwaltungsgericht nach einem besonderen Verfahren eine an sich wegen der Geringfügigkeit des Betrages unzulässige Beschwerde ausnahmsweise zuläßt. Wir glauben, daß diese Bestimmung die Bedenken, die wir erhoben haben, nicht voll entkräftet und überdies selbst wieder die Quelle für eine neue mindestens manipulative Belastung des Gerichtes wird.

In den Motiven wird darauf hingewiesen, daß die Stempelgebühren, welche bisher von Beschwerdeführern an das Oberste Verwaltungsgericht eingehoben werden, den Aufwand, den der Staat für das Oberste Verwaltungsgericht voraussetzt, nur in unverhältnismäßig geringem Maße decken. Dem ist zu erwidern, daß die Verwaltungsgerichtsbarkeit zu den vornehmsten rechtskulturellen Aufgaben des Staates gehört. Ihre Kosten sind daher grundsätzlich vom Staate als Gesamtheit, nicht von den zufälligen Parteien des Prozesses zu tragen. Es kann darum nicht Aufgabe der Gesetzgebung sein, eine finanzielle Autarkie des Betriebes des Obersten Verwaltungsgerichtes zu erzielen. Es entspricht der Natur der Sache, daß bei einem außerordentlichen Tribunal, welches Geschwundigkeiten höchster administrativer Instanzen beheben soll, ein Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben besteht. Dabei soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die bisherige Stempelgebühr (5 Kč pro Bogen) in vielen Fällen unangemessen niedrig ist. Dem kann aber nicht durch eine lineare Erhöhung auf das Zwölffache resp. Vierundzwanzigfache abgeholfen werden. Nach dem Entwurfe soll die Beschwerde mit Kč 60.— für jeden Bogen gestempelt werden. Und wenn, was zur Rechtsverfolgung gerade mit Rücksicht auf die Gründlichkeit und das hohe Niveau der verwaltungsgeschichtlichen Judikatur zum Zwecke der allseitigen Beleuchtung der Sache in wichtigeren Sachen oft notwendig bleiben wird, der Antrag auf Anberaumung einer Verhandlung vor dem Obersten Verwaltungsgericht gestellt wird, so beträgt die Gebühr gar Kč 120.— für einen Bogen. Das sind Beträge, welche minderbemittelte



Vor Madrid „Das sind Eure neuen Götzen, bei denen Ihr christliche Kultur lernen könnt!“

telte Volksschichten bis weit in die Kreise des Mittelstandes, kleine Unternehmungen, Vereine, Körperschaften, kleine Gemeinden, sicherlich oft nicht aufbringen werden. Nach § 47 der Vorlage gelten zwar die — im Vorjahre verhängten — Vorschriften der Zivilprozedurordnung über das Armenrecht auch im Verfahren vor dem Obersten Verwaltungsgericht. Diese Bestimmung garantiert jedoch weiten Schichten bedürftiger Personenteile keineswegs die Anrufung des Obersten Verwaltungsgerichtes, zumal da Personenvereinigungen und juristische Personen niemals Anspruch auf Verleihung des Armenrechtes haben.

§ 47, Abs. 4, enthält übrigens die merkwürdige Bestimmung, daß das Gesuch um das Armenrecht binnen 15 Tagen vom Tage der Ersatzgabe der Entscheidung oder Verhängung überreicht werden muß, gegen die die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht überreicht werden kann. Wenn wir diese Bestimmung richtig verstehen, so muß die arme Partei auf die Entscheidung, die sie anfechten will, bereits binnen 15 Tagen nach deren Erlassung reagieren, während der bemittelten Partei eine Beschwerdefrist von 60 Tagen, gerechnet vom Tage der Zustellung, zur Verfügung steht. Merkwürdig ist auch die Bestimmung, daß „eine solche Entscheidung“ eine Belehrung über die Bedingungen des Armenrechtes enthalten muß. Das wird wohl zur Folge haben, daß zwar niemand über das Recht der Anrufung des Obersten Verwaltungsgerichtes, aber jedermann, auch der Bemittelte, über die Bedingungen zu Erlangung des Armenrechtes von der Verwaltungsbehörde belehrt werden muß.

Wir konnten im Vorstehenden nur einige der wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes hervorheben, da eine detaillierte Kritik naturgemäß den Rahmen einer Tageszeitung überschreitet.

Ein Aufruf span'scher Katholiken

(W.) Führende spanische Katholiken, unter ihnen Ossorio y Gallardo, der spanische Gesandte in Brüssel, ferner Lecocadio Lobo, der Vikar der Gemeinde San Crispin in Madrid, Prof. Garcia Gallego, der Kanonikus von Segovia, José Gallago, Rocaful, der Kanonikus der Kathedrale von Granada, José Bergamin, der Direktor der katholischen Zeitschrift „Cruz y Flama“ sowie die katholischen Schriftsteller Carnes und José Maria Semprum haben einen Aufruf an die Katholiken der Welt erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Welch gewaltige Verantwortung tragen die, die diesen Bruderkampf heraufbeschworen, ohne an die Gebote des Gewissens und die Forderungen des Gesetzes zu denken. Ist es möglich, daß es, nach zwanzig Jahrhunderten christlicher Geschichte, Menschen geben kann, die sich Katholiken nennen und dennoch in solcher Weise ihre elementarsten Pflichten vergessen? Aus Gründen christlicher Ethik sehen wir uns veranlaßt, mit der ganzen Kraft unserer Ueberzeugung gegen einen so verabscheuungswürdigen Vorgang zu protestieren, wie das Bombardement unserer geliebten Madrid, das sich in letzter Zeit tagaus tagein wiederholt. Madrid ist verwüstet durch ausländische Bomben, umstellt von einer kolonialen Armee, in seinem Inneren getroffen durch das Wasser seiner Frauen und Kinder. Kirchen und Spitäler, Schulen und Fabriken, ganze Stadtviertel, werden erbarmungslos dem Erdboden gleichgemacht. Hunderte von unschuldigen Opfern werden unter den Trümmern begraben. Die Feder sträubt sich, dieses fürchterliche Bild wiederzugeben, und der Atem stockt vor dieser noch schrecklicheren und traurigeren Wirklichkeit. Vor Gott und der Geschichte erheben wir daher unsere Stimme, um gegenüber allen Mächten der Erde unseren Abscheu vor diesen Verbrechen auszusprechen. Wir glauben aufrichtig, daß alle Menschen guten Willens sich auf unserer Seite befinden.“

WIRTSCHAFT DER WELT

Industrieproduktion der Welt 1936

Die industrielle Produktion der Welt hat im Jahre 1936 beträchtlich zugenommen. Vom Dezember 1935 bis Dezember 1936 ist diese Produktion um rund 9 bis 10 Prozent gestiegen. Der „Netto-Produktionswert“ der Industrie in der ganzen Welt, d. h. der Wert am Ort der Erzeugung, ohne Transportkosten und die Zuschläge des Handels, wird nach sehr vorsichtigen Schätzungen für 1936 auf etwa 70 Milliarden den Golddollars veranschlagt. Das sind allerdings noch immer 20 Prozent weniger als 1929, doch ist dieser Rückstand ausschließlich den heute noch niedrigeren Preisen zuzuschreiben. Dem Umfange nach, also mengenmäßig, liegt die Erzeugung 1936 um etwa 15 Prozent über dem Stand von 1928. Sojars verglichen mit 1929 beträgt die Zunahme kaum weniger als 6 vH.

Das Bild verändert sich allerdings, wenn man auch die Zunahme der Weltbevölkerung berücksichtigt. Die Versorgung je Kopf der Weltbevölkerung mit Industrieprodukten ist nicht so rasch gestiegen, wie die industrielle Weltproduktion.

Weltbevölkerung und industrielle Weltproduktion

Jahr	Verhältniszahlen		
	Bevölkerung der Welt	Industrieproduktion der Welt	Produktion je Kopf der Weltbevölkerung
1913	100	100	100
1929	109	147	135
1936	118	156	132

Je Kopf der Bevölkerung ist also die Versorgung 1936 um rund 30 vH. größer gewesen als vor dem Kriege, aber allerdings um einige Punkte geringer als im Jahre 1929.

Einzelne Industriezweige weichen von dem Gesamtergebnis mehr oder weniger stark nach

Weltproduktion von Metallen (Verhältniszahlen)

Jahr	Eisen	Stahl	Kupfer	Zink	Zinn	Aluminium	Nickel	Zusammen
1928	100	100	100	100	100	100	100	100
1929	115	110	112	108	102	106	114	109
1930	94	86	91	100	100	97	110	90
1931	85	83	77	86	72	82	90	67
1932	46	46	53	68	56	53	64	49
1933	58	62	57	70	70	49	59	61
1934	74	75	74	79	82	66	71	75
1935	83	90	84	88	94	78	107	90
1936	107	113	89	87	104	100	190	109

Man beachte vor allem die unregelmäßige Entwicklung der Produktion von Nickel. Dieses Metall spielt ja bekanntlich in der modernen Rüstungsindustrie eine sehr wichtige Rolle.

Was die verarbeitenden Industrien angeht, so stehen sie im ganzen günstiger da als die Grundstoffindustrien. Diese Erscheinung ist vor allem dadurch zu erklären, daß bei den verarbeitenden Industrien, nach den langen Krisenjahren, kein Lagerabbau mehr notwendig war, so daß die steigende Nachfrage sofort und voll der Erzeugung zugute kam. Alle Waren wurden einfach verschrottet, während bei den Rohstofflagern, die ja eine viel längere Lebensdauer haben, eine Verschrottung nicht in Frage kam. Man muß noch einen wichtigen Umstand beachten: die Materialausnutzung ist in den letzten Jahren sehr verbessert worden, so daß um eine bestimmte Menge an Fertigwaren zu erzeugen, heute häufig eine kleinere Menge von Rohstoffen und Halbwaren genügt, als dies etwa noch vor zehn Jahren der Fall war.

Besonders Interesse erregt natürlich die Gruppe der Rüstungsindustrien. Obwohl es sich hier bloß um Schätzungen handelt, kann ohne weiteres eine gewaltige Steigerung der Rüstungsproduktion festgestellt werden.

Rüstungsproduktion der Welt

Jahr	Verhältniszahlen		
	Produktion der Rüstungswaffen	Produktion der Nahrungsmittel	Verhältnis der Rüstungs- zur Nahrungsmittelproduktion
1928	100	100	100
1933	53	84	94
1934	59	98	107
1935	109	122	132
1936	—	228	200—233

Die Rüstungsausgaben der Welt werden für das Jahr 1928 auf etwa 8 Milliarden Golddollar geschätzt, für das Jahr 1936 auf etwa 6 bis 7,5 Milliarden Golddollar.

Anderer Zweig der verarbeitenden Industrien haben auch erhebliche Fortschritte gemacht. Hier muß man jedoch zwischen der Herstellung der Produktionsmittel, also etwa der Maschinen und Transportmittel, und der Herstellung der Verbrauchsgüter unterscheiden. Man kann heute annehmen, daß die Erzeugung von Maschinen in der ganzen Welt

oben oder unten ab. Was zunächst die Energieerzeugung anbetrifft, so ist bei der Kohle im Jahre 1936 die Produktionsziffer von 1929 noch nicht erreicht. Zum Teil hat hier zweifellos der Abbau der Haldebestände eine Rolle gespielt. Dies gilt vor allem für die mitteleuropäischen Länder. Ebenso wichtig ist aber auch das Vordringen anderer Energiequellen, wie Wasserkraft und Erdöl. Die Erdölgewinnung sowie die elektrische Stromerzeugung sind im Jahre 1936 bedeutend höher als 1928. Man kann also annehmen, daß der gesamte Energieverbrauch der Welt 1936 bereits den Stand von 1928 überschritten hat und sich jenem von 1929 nähert.

Weltproduktion an Kraftstoffen

Jahr	Verhältniszahlen				
	Steinkohle	Braunkohle	Erdöl	Strom	Zusammen
1928	100	100	100	100	100
1929	109	107	112	110	110
1930	98	90	106	115	100
1931	86	83	103	108	90
1932	77	77	98	107	88
1933	80	78	107	117	87
1934	88	84	120	125	96
1935	91	89	123	130	100
1936	99	96	136	150	109

Auch die Weltproduktion an Metallen entwickelt sich unregelmäßig. Vor allem läßt sich bei so wichtigen Metallen, wie Kupfer und Zink, ein gewisses Zurückbleiben feststellen. Solche für die moderne Industrie unentbehrlichen Metalle wie Nickel und Aluminium, sind hingegen viel rascher vorangekommen. Auffallend ist die rasche Zunahme von Eisen und Stahl.

Im Jahre 1936 bereits wieder höher war als im Jahre 1928, denn der Rückstand in den Vereinigten Staaten von Amerika wird durch den starken Vormarsch des britischen Maschinenbaus sowie durch die Ausbreitung des Maschinenbaus infolge Industrialisierung der früheren Agrarländer wettgemacht. Die japanische Maschinenproduktion ist, zum Beispiel, heute doppelt so groß wie 1928. Auch der Umfang der Produktion der Kraftfahrzeuge wird heute bedeutend höher sein als 1928.

Weltproduktion von Produktionsgütern

Jahr	Verhältniszahlen			
	Textilindustrie	Metallindustrie	Chemie	Lebensmittel
1928	100	100	100	100
1929	129	120	109	118
1930	101	79	103	103
1931	88	58	95	100
1932	12	38	86	101
1933	22	51	96	123
1934	51	71	105	139
1935	69	99	115	141
1936	116	117	122	151

Aus dieser Tabelle ist vor allem der unregelmäßige Verlauf des Schiffbaus in den Krisenjahren sowie der kräftige Aufschwung im Laufe der letzten Jahre und insbesondere des Jahres 1936 abzulesen. An dem Schicksal des Schiffbaus kann man die Geschichte des Verfalls und des Wiederaufstieges der Weltwirtschaft studieren. Denn aus dem Stand des Schiffbaus kann auf die Lage der Schiffahrt geschlossen werden. Die Schiffahrt spielt aber im Organismus der Weltwirtschaft dieselbe Rolle wie die Blutzirkulation im menschlichen Körper.

Über die Entwicklung der Verbrauchsgütererzeugung sind nur sehr wenige Angaben vorhanden. Es kann aber angenommen werden, daß sie sich im allgemeinen in der letzten Zeit kräftig entwickelt hat. Von einigen Forschern wird sogar angenommen, daß die Textil- und Schuhproduktion sich rascher vergrößert haben, als die Bevölkerung. Das sind aber nur Mutmaßungen.

Weltproduktion der Verbrauchsgüter

Jahr	Verhältniszahlen			
	Textilien	Schuh	Tabakwaren	Bier
1928	100	100	100	100
1929	105	106	105	103
1930	91	98	106	97
1931	92	100	97	86
1932	92	97	94	76
1933	102	104	97	83
1934	103	105	103	104
1935	109	113	106	111
1936	114	119	116	—

Die Nahrungsmittelgewerbe dürften wohl in ihrer Entwicklung etwa mit der Bevölkerungszunahme Schritt gehalten haben, während die Erzeugung von Tabakwaren sowie von Bier den Stand von 1929 bereits überschritten hat.

Was die Verteilung der Produktion auf einzelne Länder anbetrifft, so sind hier bedeutende Verschiebungen eingetreten. Einige Länder bleiben 1936 noch hinter dem Stande der Industrieproduktion im Jahre 1929 zurück. Andere Länder haben bereits den Stand von 1929 bedeutend überholt. Zu den letzteren Ländern gehören vor allem jene, in denen die Industrialisierung bedeutende Fortschritte gemacht hat. So ist der Stand der industriellen Produktion in Japan um rund

65 Prozent höher als im Jahre 1929. In der Südafrikanischen Union hat die industrielle Produktion von 1926 den Stand von 1929 um rund 50 Prozent überschritten. Dasselbe gilt, obwohl in viel geringerem Maße, für solche Länder wie Ungarn und Rumänien.

Eine besondere Entwicklung haben die Länder des sogenannten „Sterlingblocks“ genommen. Hier ist vor allem Großbritannien selbst zu nennen. Durch das frühzeitige Abgeben vom Goldstandard wurde hier schon 1931/32 die Wirtschaftskrise überwunden, oder jedenfalls der Anfang zu einem Wirtschaftsaufstieg gelegt. Im Jahre 1936 war der Produktionsstand von 1929 um rund 16 Prozent überschritten. Die britische Industrieproduktion ist damit zum erstenmal in der Nachkriegszeit erheblich größer als vor dem Kriege. Auch in den übrigen Ländern des Sterlingblocks, vor allem in Schweden, Finnland, Estland und Norwegen, liegt die Produktion bedeutend höher als in den Jahren 1928/29. Dagegen haben die Vereinigten Staaten von Amerika, trotz der kräftigen Aufholung der Industrieproduktion in den letzten beiden Jahren, den Stand von 1929 im Jahre 1936 bei weitem noch nicht erreicht. Dasselbe gilt auch für die industrielle Produktion der Länder des früheren „Goldblocks“. Auch hier ist 1936 der Stand der industriellen Produktion von 1929 noch nicht erreicht.

Starke Steigerung der kanadischen Platingewinnung

Die Platingewinnung Kanadas zeigt seit Beendigung des Weltkrieges einen außerordentlich starken Aufschwung, der sich selbst noch in der letzten Zeit der Weltwirtschaftskrise fortsetzte. Ein nennenswerter Produktionsrückschlag war nur 1932 und 1933 zu verzeichnen. Seitdem ist aber die Erzeugung wieder um so stärker gestiegen worden. Infolgedessen ist Kanada jetzt der zweitgrößte Platinproduzent der Welt. Kanadas Gewinnung von Platin und

platinverwandten Metallen, die sich von nur 19 Kilogramm im letzten Vorkriegsjahre auf 2852 Kilogramm 1931 erhöht hatte, um dann bis 1933 auf 1735 Kilogramm zu sinken, erreichte 1934 eine neue Rekordhöhe von 6226 Kilogramm und ging 1935 wieder leicht zurück auf 5914 Kilogramm. An Rohplatin wurden 1935 3277 Kilogramm und an sonstigen Platinmetallen (Iridium, Osmium, Palladium, Rhodium und Ruthenium) insgesamt 2637 Kilogramm gewonnen.

Gewinnung von Platin und platinverwandten Metallen in Kanada 1913—1935 (in kg)

	1913	1925	1927	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Rohplatin	7	271	349	389	1058	1393	850	771	3615	3277
andere Platinmetalle	12	257	259	539	1060	1459	1170	965	2611	2637
Insgesamt	19	528	608	928	2118	2852	2020	1735	6226	5914

Platin wird in Kanada hauptsächlich als platinhaltigen Kupfer- und Nickelergänzen gewonnen, also als Nebenprodukt der Kupfer- und Nickelergänzung. Die International Nickel Co. of Canada, die fast die gesamte Nickelergänzung und einen großen Teil der Kupfergewinnung Kanadas kontrolliert, spielt infolgedessen auch als Platinproduzent eine hervorragende Rolle. Der Nickelergänzung ist heute nicht nur in Kanada, sondern überhaupt der größte Platinproduzent der Welt. Infolge der Steigerung des Nickelabfahres der International Nickel Company von 15.600 Tonnen im Jahre 1932 auf 58.000 Tonnen im Jahre 1935 und der Zunahme ihres Kupferabfahres von 26.200 Tonnen

im Jahre 1932 auf 105.700 Tonnen im Jahre 1935 fällt bei der Produktion des Nickeltruffs in den letzten Jahren zwangsläufig auch entsprechend mehr Platin ab. Der Platinabfall des Nickeltruffs hat einschließlich platinverwandter Metalle von 600 Kilogramm im Jahre 1932 auf 4000 Kilogramm im Jahre 1935 zugenommen; 1936 wird die Platingewinnung des Truffs voraussichtlich 6000 Kilogramm übersteigen. Die Platin-Gewinnungskosten sind bei der International Nickel Co außerordentlich niedrig. Ihr Selbstkostenpreis soll nur 10 Schilling für die Unze betragen gegenüber einem Londoner Platinpreis von jetzt 9 Pfund 15 Schilling für die Unze.

Weltwirtschaftliche Kurzberichte

Die Entwicklung der Industrieproduktion ist in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich. Während eine Reihe von Staaten den Stand von 1929 längst überschritten hat, bleiben andere zum Teil noch erheblich hinter jenem Umfang der Industrieproduktion zurück. Eine Gegenüberstellung ergibt folgendes Bild:

Zunahme im Vergleich zu 1929:

Land	Prozent
Japan	+ 85
Südafrikanische Union	+ 52
Schweden	+ 35
Ungarn	+ 32
Rumänien	+ 28
Dänemark	+ 25
Indien	+ 17
England	+ 16
Chile	+ 7
Deutschland	+ 6

Abnahme im Vergleich zu 1929:

Land	Prozent
Kanada	- 11
Vereinigte Staaten	- 12
Oesterreich	- 15
Tschechoslowakei	- 20
Belgien	- 23
Polen	- 28
Frankreich	- 29
Niederlande	- 33

Die Industrieproduktion ist hierbei in Mengen schon wieder gegeben. Die Tabelle zeigt, daß Japan seine Produktion ganz rasch gesteigert hat und daß im übrigen die Industrialisierung der Agrarländer große Fortschritte gemacht hat.

Das Institut für Konjunkturforschung in Berlin schätzt den Nettowert der industriellen Weltproduktion für das Jahr 1936 auf etwa 300 Milliarden Mark, das sind etwa 3300 Milliarden Kronen. Damit liegt der Weltproduktionswert rund 20 Prozent unter 1929. Dieses Minus ist aber hauptsächlich den niedrigeren Preisen zuzuschreiben, da die Weltproduktion mengenmäßig etwa 6 Prozent größer ist als 1929.

Die Weltgewinnung von Kalisalz war im Jahre 1935 um etwa 1.500.000 t höher als 1929. Sie betrug 22.750.000 t gegen 21.250.000 t 1929. Der größte Teil der Kaliproduktion entfällt auf Deutschland. Mit nahezu 14 Millionen t lieferte es im Jahre 1935 mehr als 61 Prozent der Weltgewinnung überhaupt.

Ein wirtschaftliches Reformjahr ist in Schweden für einige Industriezweige das Jahr 1936 geworden. Die industrielle Erzeugung ist um das Doppelte dessen gestiegen, was als normale Steigerung angesehen wird. Insgesamt lag sie um etwa 30 Prozent höher als im letzten Hochkonjunkturjahre 1929. Der Aufschwung ist am stärksten in der Eisenindustrie gewesen. Der Beschäftigungsstand hat hier den höchsten Grad erreicht. Eine beträchtliche Mengen- und wertmäßige Steigerung kann auch die Exportindustrie verzeichnen, obwohl die internationalen Handelskennziffern keine Verringerung erfahren haben. Die Ausfuhr der wirtschaftlichen Entwicklung für das laufende Jahr werden von führenden schwedischen Wirtschaftlern als günstig bezeichnet. Wenigstens für die erste Hälfte des Jahres wird mit einem Aufschwung nicht gerechnet.

Tagesneuigkeiten

Verkleidete Bürger

Mitten unter uns, vielleicht fahren wir mit ihnen des morgens in der Straßenbahn, wohnen seltsame Leute, wir möchten fast sagen: wohnen ein seltsames Volk. Es glaubt witziger und geistreicher zu sein als die anderen gewöhnlichen Menschen ringsum, darum verleihen sie einander Orden und Titel und verkehren miteinander auf Grund von Sitten und Gebräuchen, die sonst unbekannt sind. Diese Menschen heißen Schlaraffen. In Zivil sind brave Bürger, Unversitätsprofessoren, Richter, Offiziere, Industriesekretäre, Kaufleute, einmal in der Woche legen sie den grauen Zivilanzug ab und sind Ritter, sie tragen dann andere Namen und leben in einer Welt aus Pappendel, Bier- und Quarzgeruch im Licht einer falschen Romantik und meinen, daß alles, was sie tun, ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Kultur ist. In Prag ist die Gesellschaft der Schlaraffen aufgenommen und überall, wo es Deutsche gibt, gibts ihre Ortsgruppen. Wenn die Schlaraffen nichts anderes wären als Spießer, die sich des Abends zu Mitteln verkleiden, wäre nichts weiter zu dieser komischen traurigen Gesellschaft zu sagen. Aber sie sind mehr; das zeigt die „Mischlaraffen Stammtafel“, die das Verzeichnis aller Gruppen und Ritter enthält. Man mißverstehe uns nicht: im Rausch des Alkohols und der Verleumdungen mögen die Menschen vieles tun, das sie nüchtern geworden, nicht begreifen und ansehen wie die Taten und Erlebnisse fremder Menschen. Hier aber fehlt der Rausch, hier wird der Unsinn auf kaltem Weg erzeugt, gewissermaßen in einer Fabrik für Humor aus Pappendel. Aber auch das wäre noch immer nicht Grund genug, um zu den Schlaraffen eine Anmerkung zu machen.

Wer die „Mischlaraffen Stammtafel“ studiert — es ist eine mühselige Arbeit — wird die Entdeckung machen, daß die Schlaraffen uns einen Befehlszug des — Hitlerismus erklären können: auch bei Hitler die Verwendung falscher gebildeter altgermanischer oder altdelfischer solender Worte und Begriffe ganz wie bei den Schlaraffen, auch im Nazismus jener Stammtafel, der in der Schlaraffen in ein System gebracht ist. Das Studium der „Stammtafel“ zeigt, mit welcher fabelhaften Geschicklichkeit der Nazismus alle bösen Intimitäten, alle spießbürgerlichen Regungen im deutschen Wesen für sich auszunutzen suchte. Gerade an der spießbürgerlichen Harmlosigkeit und der stinkenden Gemütslichkeit der „Schlaraffen“, die kein Wasserlein zu trüben vermögen, zeigt sich um so erschreckender, wie nahe diesem spießbürgerlichen die bestialische Entfesseltheit wildgewordener Kleinbürger, der Nazismus, wohnt.

Es ist ein Humor, der von Blut und Kerker stinkt, wenn sich ein Wendarmerieoberst als Schlaraffe „Dingfest mit der Fangschnur“ nennt, oder ein Wendarmeriegeneral des aberdö von seinen Freunden als „Schnappphant“ bezeichnet wird. Man darf nicht glauben, daß dieser Witz nur harmlos ist und harmlos bleiben muß; er kann verletzend ernst werden. Wenn alle diese Ritter mit den Spitznamen des Bierhumors ihre Privilegien wanken fühlen, dann sind sie auf allem imstande. Das sieht man aus den österreichischen Gruppen, die die in Prag erschienene „Stammtafel“ bezeichnet. Da wimmelt es nur von allen möglichen aktiven und pensionierten Generalen, da siehts aus als wäre das österreichische System geradezu das Regime der „Schlaraffen“. Was ja in gewisser Hinsicht bezugnehmend ist.

Wie weit der Zynismus der Bürger, die sich in der „Schlaraffen“ gefunden haben, zu gehen vermag, dafür ein Beispiel: in Mänten wurde von der Diktaturregierung ein Mann namens Werner Schard Schiedler mit der Aufgabe betraut, aus allen Privatbetrieben jene Arbeiter und Angestellten, die politisch verdächtig sind, welche Erinnerungen aus der Kriegszeit bringen, die zwei Buchstaben p. v. l. auf die Straße zu schreiben. Als Träger dieses sauberen Amtes bekam der Mann den Titel: „Regierungskommissar für die Privatwirtschaft in Mänten“. So also heißt der Mann bei Tag, des abends, wenn er gemütlich aus seinem Büro nach Hause geht — auf schlaraffenhaft reißt das: in die Heimburg — oder wenn er bei seinen Mischlaraffen ist, dann heißt dieser Mann, der das Denken der Mäntner Arbeiter und Angestellten terrorisiert: „Minimager, der Genossenschaft“. Und dieser „Genossenschaft“ hat noch folgende feierliche Titel: Oberschlaraffe des Außerer, dann: Legatus Ronachiae, Gesandter Münchens, obwohl München ebenso wie alle anderen deutschen Gruppen wegen der Massenfrage ausgeschlossen ist, Kämmerer und Geheimrat Oberschlaraffenrat. Die für uns interessante Ehrung, die Minimager, der Genossenschaft, erfahren hat, ist wohl die, daß die Altmutterburg Praga, die profaischer Weise in der Südpänia liegt, diesen Mann zum Ehren-Ritter ernannt hat. Mitten unter uns leben die spießbürgerlichen Lebens, damit wir es verstehen und uns davor hüten lernen. B. W. in „Ein“.

Vom Goebbelsberg (bn) wird jeder im freien Ausland, der ihn zum erstenmal nennen hört, wohl glauben, es sei mit diesem Worte eine — nach vier Jahren schon — chimborasso hohe Aufhäufung der unerschöpflichen Propaganda- und Lebenslügen des Dritten Reiches gemeint. Aber nein, dem Nazirundfunk am gestrigen Mittwochabend konnte man entnehmen, daß diesen Berg tatsächlich jetzt in Deutschland gibt. Man hat einem der anmutigen Hügel bei der westfälischen Bergarbeiterstadt Hattigen diesen Namen aufgeschwungen und der Mundfunk meldete, daß Goebbels jetzt eine Abordnung der Parteigenossen aus Hattigen empfangen hat, die dem Minister ein Gemälde des Goebbelsberges überreichten, auf dem dieser 1926 eine Sonntagabendfeier hielt — damals schon gar klein und häßlich. Aus diesem Berg — aber dem nicht wirklich dastehenden — war folgende weitere Produktion des Nazirundfunks gleich hinterher gefordert:

„Die französische Regierung hat es für richtig befunden, einen der w ä k t e n d e r, dem Professor Galbana, den Orden der Ehrenlegion zu verleihen. Galbana ist kürzlich aus Spanien zurückgekehrt, wo er von den Volkshelden mit verschiedenen militärischen Auszeichnungen beehrt war. Daß der Orden durch diese Verleihung nicht an Wert gewinnt, braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden.“

Wie wir vor einigen Tagen berichteten, war Professor Galbana, ein Gelehrter von Welt Ruf, in Madrid bei der Prüfung von Gasmaske n, also bei menschenfreundlicher Tätigkeit, an einer Gasvergiftung erkrankt. Daß er dem spanischen Freiheitskampf zu Hilfe eilte, entsprach allerdings seiner seit dem Hereinbruch der braunen Herrschaft über Deutschland stets bekundeten menschlichen Gesinnung — also hat ihn die Goebbelsmeute angegriffen.

Wenn zwei Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis bewilligen brauchen, so ist das keineswegs daselbe. Wenn z. B. ein armer Teufel von Emigrant diese Bewilligung braucht oder wenn ein harmloser, seinen Geschäften ruhig nachgehender Mann sie haben will, da gibt es Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Wenn Herr Braine, Fußball-Champion und Senationsheld der bürgerlichen Presse die Bewilligung bekommen soll, obwohl er sie wieder will noch zu brauchen scheint, da geht es rasch und ohne, daß er ansucht. Der Verband und der Club teilen Herrn Braine und der Öffentlichkeit mit, sie hätten ihm die Aufenthaltserbewilligung verschafft. Herr Braine antwortet kühl, er habe nicht darum angefragt und wolle gar nicht zurückkehren. Hier genügt es also, daß gegen den Willen des Betroffenen, Verband und Club sich bemühen und schneller, als es sonst je vorkommen dürfte, war die Bewilligung da. Man sage nicht, daß nicht unter Amtschimmelauhgagoppieren kann. Er muß nur das rechte Publikum um die Manege verjammelt wissen!

Die Schmiede von Green Green (Schottland), in der bekanntlich auf Grund eines alten Gewohnheitsrechtes ohne jede weitere Formalität Ehen abgeschlossen werden konnten, wird nun tatsächlich ihre Tore schließen müssen, da jetzt der Bericht des Ende 1935 eingeschickten Ausschusses veröffentlicht worden ist, der das Problem der irregulären Eheschließungen, das den Behörden immer mehr zu schaffen machte, zu untersuchen hatte. Der Ausschussbericht schlägt die Abschaffung der irregulären Eheschließungen vor. Gleichzeitig sollen außer der Kirche von Schottland einige andere Kirchen das Recht erhalten, Ehen zu schließen und Aufgebote zu erlassen.

Die Ueberweisungen im mittleren Westteil der Vereinigten Staaten dauern an. Es fanden hierbei 13 weitere Personen den Tod, 120 000 Personen sind obdachlos.

London wird „gereinigt“. Im Februar d. J. beginnt die sogenannte „große Reinigung“, die stets vor großen Ereignissen von Scotland Yard in London durchgeführt wird. Der gesamte Londoner Polizeiapparat wird hierbei in Tätigkeit sein. Besonders werden hierbei verschiedene Ausländer mit „politischer Färbung“ und Mitglieder eventueller terroristischer Organisationen beobachtet und verhaftet werden. Die Aktion wird im Interesse der Ordnung sowie der Sicherheit der ausländischen Gäste unternommen, die zu den Neujahrsfeierlichkeiten nach London kommen. Laut Beschluss des Generalinspektors der Londoner Polizei können gewisse verdächtige Personen sich entweder für eine Ausreise aus England oder eine freiwillige Internierung an gewissen Orten entscheiden, die ihnen für diese Zwecke zugeteilt werden. Vor allem kommen Ortschaften in der Grafschaft Ulster in Irland in Frage.

Nach der Verkündung des Todesurteils. Der 20jährige Eduard Hietzschke, der Mörder des Apothekers Winkler aus dem 9. Bezirk, wurde Samstag nach vierstündiger Verhandlung vom Schwurgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Seine Mutter erhielt wegen Mitschuld sechs Monate schweren Arbeit, sein Bruder Karl wurde freigesprochen. Nach der Urteilsverkündung im Prozesse Hietzschke rief der Angeklagte: „Ich will, daß das Urteil sofort vollstreckt wird.“ Sein Verteidiger rief dazwischen: „Ich melde die Rechtlichkeitsbeschwerde an“. Der Verurteilte rief jedoch nochmals in den Saal: „Ich will, daß das Urteil sofort vollzogen wird.“ Verteidiger: „Sie wissen nicht, was Sie tun. Sie sind zu aufgeregt.“ Darauf bricht der Verurteilte bewußlos zusammen und wird von den Aufsehern aus dem Saal getragen. — Das Publikum verließ in größter Erregung den Saal.

Säufer richtet ein Blutbad an. In der jugoslawischen Gemeinde Kojanica kam es Freitag abends zu einer furchtbaren Familien-Tragödie. Der Eisenbahner Karackic, der sich in letzter Zeit dem Trunk ergeben hatte, geriet mit seiner Gattin in einen Streit, in dessen Verlaufe er seinen 35 Jahre alten Sohn erschoss. Er wollte auch die Frau und den jüngeren Sohn erschießen, doch retteten sich dieselben durch die Flucht. Wutentbrannt drang er in die Wohnung seines Verwandten Filipovic ein, dem erst unlängst seine Gattin gestorben war, und schoß ihn, ohne ein Wort zu sprechen, nieder. Sodann richtete er die Waffe gegen die zwei schlafenden kleinen Söhne des Filipovic, die er ebenfalls erschoss. Nach dieser Tat lehrte er nach seiner Wohnung zurück, wo er seine Hunde niederstreckte, um sodann das ganze Anwesen in Brand zu stecken, das ein Raub der Flammen wurde. Während er dem Brande zusah, gab er aus seinem Revolver schließlich im Garten vor dem Hause einen Schuß gegen seine Schläfe ab. Er war sofort tot.

Die französischen Zeitungen werden teurer. Dem „Matin“ und anderen Wäitern zufolge wird eine neue 25prozentige Erhöhung des Preises der französischen Tagesblätter von 30 auf 40 Centimes geplant; einerseits infolge der 30prozentigen Franc-Devaluierung, des Steigens der Papierpreise und der bedeutenden Erhöhung der Löhne und aller Erzeugungskosten, andererseits als Folge des geplanten Preiserhöhes über die Veränderung der Zeitungsbetriebe in Aktiengesellschaften, die Beschränkung der publizistischen Quellen und die strenge Kontrolle der Einnahmen.

Zusammenstoß zwischen Autobus und Tramway. Ein ernsther Zusammenstoß einer Tramway und eines Autobusses ereignete sich auf der Stadtriars-Brücke in London. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Wagen der elektrischen Bahn an den Gehsteig geschleudert wurde und eine Seitwand des tiefen einstöckigen Autobusses in Trümmer ging. Im ganzen wurden 17 Personen verletzt, die Mehrzahl von ihnen schwer und drei davon tödlich. Nur der Geistesgegenwart des Lenkers, der im letzten Augenblick die Fußbremse zog, ist es zu danken, daß der Wagen der elektrischen Bahn nicht in die Themse fiel.

Strommüllionen ohne Strom. Bei den städtischen Elektrizitätswerken von Chicago brach Freitag ein Streik aus; durch den die Viermillionenstadt in völlige Dunkelheit gehüllt wurde. Alle Polizeibeamten sind eingesperrt worden, um den Verkehr und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Wasserwerke, die Feuerwehr und die Krankenhäuser werden noch für 24 Stunden mit Elektrizität versorgt. Wenn die Stadt dann die Lohnforderungen der Streikenden nicht bewilligt, soll der Strom auch für diese Betriebe abgeschnitten werden.

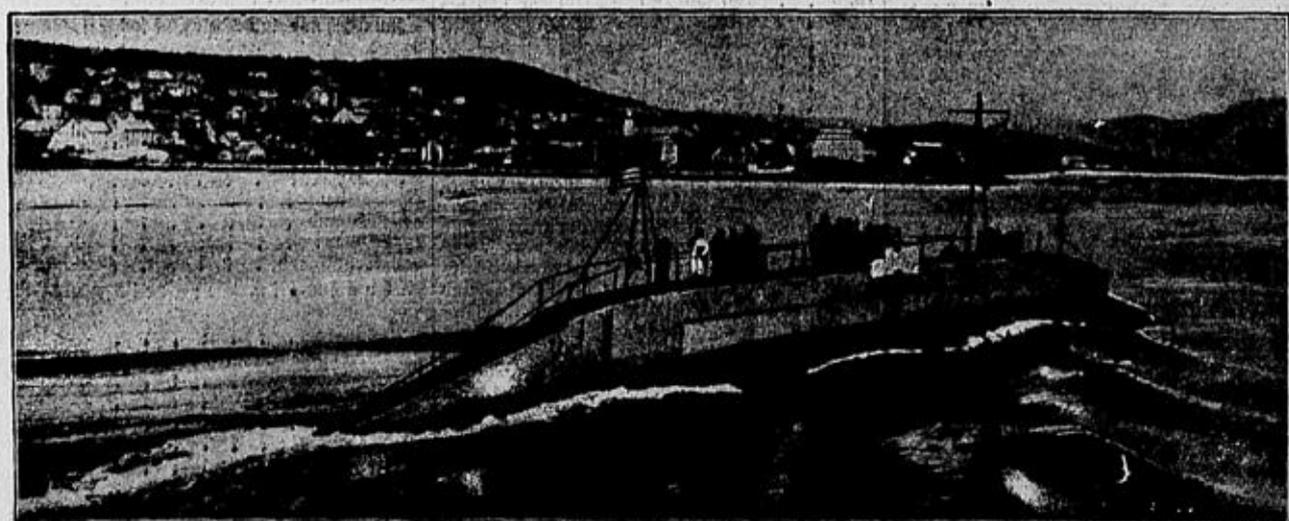
Prof. Pekař gestorben



In Prag ist Samstag früh der größte lebende tschechische Historiker Prof. Dr. Josef Pekař im 67. Lebensjahre gestorben. Das tschechische Geistesleben hat dadurch einen schweren Verlust erlitten.

Der Verstorbene war am 12. April 1870 in Dalimetic bei Turnau geboren, studierte Geschichte und war seit 1905 Professor an der tschechischen Universität in Prag. Er hat eine große Menge Studien und Schriften verfaßt, die vielfach Polemiken hervorgerufen haben. So insbesondere seine Schriften über Hus und Kizka. Pekař war nämlich ein konservativer, katholisch eingestellter Mensch, der die hussitische Tradition des tschechischen Volkes kritisch betrachtete. Er schrieb auch eine Studie gegen Masaryks humanistische Geschichtsauffassung. Andererseits aber war Pekař ein großer Forscher, der auch für das Wirtschaftsleben und die sozialen Verhältnisse der Vergangenheit Verständnis hatte und das Elend der vom Feudalismus unterdrückten Bauern in einem schönen Buche beschrieb, welche das Leben auf einer böhmischen Burg im Dreißigjährigen Kriege pandend schildert. Im Weltkrieg hat Pekař eine Schrift über das böhmische Staatsrecht verfaßt — er hätte damals wohl einem böhmischen Staate mit einem Habsburger an der Spitze seine Zustimmung erteilt. Nach dem Umsturz hat er sich gegen die Bodenreform gewandt, was ihm naturgemäß viele politische Gegner eintrug, die indessen an seiner Ehrlichkeit und Rechtlichkeit niemals zweifelten. Erst vor wenigen Wochen ist in deutscher Uebersetzung sein zweibändiges Werk über Wallenstein erschienen, der seine Lieblingsgestalt war und dem er schon in seiner Jugend ebenso wie zu Ende seines Lebens seine Aufmerksamkeit zugewandt hat. Mit Pekař ist eine der interessantesten, eigenwilligsten Persönlichkeiten der tschechischen Gelehrtenwelt dahingegangen.

Die Wärmeluft bleibt auf Westeuropa beschränkt. Die Witterung in unseren Gegenden wird wiederum völlig von einem sehr mächtigen Druckhoch, dessen Kern über Rußland liegt, beherrscht. Bei östlichem bis südöstlichem Winde ist der Himmel bei uns vorwiegend heiter und in den Niederungen behauptet sich meist auch tagsüber leichter Frost. Auf den Gebirgskämmen ist es dagegen relativ warm; der Ranger meldete zum Beispiel am Samstag-Nachmittags plus 13 Grad und sogar die Schneeköpfe hatte plus 1 Grad Celsius. Außerordentlich warm es. Weiter hat ganz Westeuropa, wo um 14 Uhr durchschnittlich plus 12 Grad bis plus 15 Grad verzeichnet wurden; die warme Luft breitet sich jedoch nicht weiter gegen das Binnenland aus. Wahrscheinlich Wetter von heute: Andauer des herrschenden Witterungscharakters. In den tieferen Lagen beträchtliche Temperaturschwankung zwischen Tag und Nacht, in den Tälern des Karpathengebietes nachts strenger Frost. Auf den Bergen ziemlich heiter bei Temperaturen nahe Null. Wetteraussichten für Montag: Noch keine wesentliche Veränderung.



Ein U-Boot soll Polar-Inseln entdecken helfen

Der bekannte australische Polarforscher Sir Herbert Wilkins plant mit einem nach seinen Plänen gebauten neuen U-Boot eine Entdeckungsfahrt unter dem Eise nach dem Nordpol zu unternehmen. Hier sieht man das alte U-Boot „Nautilus“, mit dem Wilkins bereits im Jahre 1931 den Versuch unternahm, bis zum Nordpol vorzudringen. Das Boot erwies sich jedoch für diesen Zweck als ungeeignet und erlitt schwere Beschädigungen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Textilarbeiter zur Spindelverschrotung

In Neidenberg fand eine gemeinsame Konferenz des Vorstandes und der leitenden Funktionäre der Union der Textilarbeiter aus der gesamten Republik statt, die sich u. a. mit der Spindelverschrotung und mit der Exportförderung für die Textilindustrie befaßte. Die Konferenz nahm eine Resolution an, in der es heißt, daß sich die bisherige Vorgehensweise der tschechoslowakischen Wirtschaft in der Textilindustrie nur im geringen Maße ausgereizt hat, und daß die Textilindustrie aus eigener Kraft nicht imstande ist, verlorene Märkte zurückzugewinnen und neue Absatzgebiete zu erschließen. Die Resolution nimmt dann gegen die Auffassung Stellung, daß die Textilindustrie oder einzelne ihrer Zweige zum großen Teil verloren seien und wendet sich besonders gegen den Plan, 1,5 Millionen Baumwollspindeln zu verschrotten. In der Entschließung heißt es wörtlich:

Die am 18. Jänner in Neidenberg stattfindende gemeinsame Konferenz des Vorstandes und der leitenden Betriebsfunktionäre der Union der Textilarbeiter sieht sich nach gründlicher Untersuchung der Ursachen der Krise unserer Textilindustrie und der Aussichten für ihren Wiederaufbau veranlaßt, zu erklären, daß sie den von der Baumwollspinnervereinigung vertretenen Plan einer systematischen und mit öffentlicher Unterstützung durchzuführenden Vernichtung von 1,5 Millionen Baumwollspindeln oder mehr als

40 Prozent des gesamten Spindelbestandes der tschechoslowakischen Baumwollindustrie nicht als einen Ausweg aus der derzeit ungünstigen Situation erblickt. Sie ist vielmehr der Überzeugung, daß dieser Plan größere Gefahren als Vorteile aufweist, und daß seine Durchführung unaußweichlich zu weiterer dauernder Arbeitslosigkeit vieler tausender in den Baumwollspinnereien derzeit noch beschäftigter Textilarbeiter, zur dauernden Stilllegung nicht nur technisch veralteter, sondern auch moderner, aber finanziell schwächerer Baumwollspinnereien führen würde. Diese Gefahren würden insbesondere dann eintreten, wenn sich die Mitwirkung des Staates an einer solchen Aktion lediglich auf die Gewährung der Staatsgarantie für Bankkredite des Baumwollspinnerverbandes beschränken würde, die Durchführung der Aktion aber vollkommen dem freien Ermessen eines Unternehmerverbandes überlassen bliebe."

Die Konferenz verlangt ferner die Durchführung der wiederholt zugefügten Forderung des Exportes der Textilindustrie durch beschleunigte und ausgiebige Refundierung der Handels- und Verkehrssteuern, durch Ausgestaltung des Exportinstituts und durch Bildung von Exportgemeinschaften.

In einer zweiten Entschließung wird die Forderung nach Wiedergutmachung der seit 1929 abgebauten Löhne der Textilarbeiter zum Ausdruck gebracht.

mitglieder verlustig erklären und sie von der Wählbarkeit in den Betriebsausschüß für die zwei folgenden Perioden ausschließen möge.

Die Beschlüsse föhrt u. a. aus, daß der Betriebsausschüß der Weba am 7. Jänner zwei Sitzungen innerhalb der Bürostunden abgehalten hat und daß aus Anlaß des letzten Beschlusses eine Kundgebung der Angestellten im Klassenraale der Webazentrale stattgefunden hat.

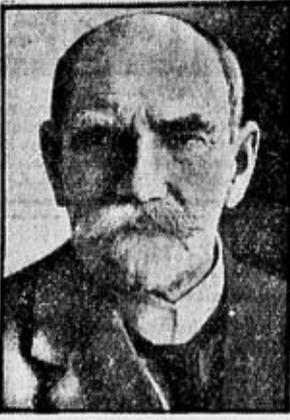
Es ist bezeichnend für die Vorgangsweise der Verwaltung, daß nach Beendigung der komplizierten Verhandlungen am 19. Jänner die Vertreter der Banken den Wunsch und Willen ausgesprochen haben, sich auch in Zukunft mit den Vertretern des Betriebsausschüßes einigen und verständigen zu wollen, während gleichzeitig bei der Schiedsgerichtskommission das Verlangen gestellt wird, diese Vertreter des Betriebsausschüßes der Funktion zu entziehen. Die Bankbeamtenorganisation hat alles vorgelehrt, um diesem Angriff der Bank wirksam zu begegnen.

Ausland

Rataja gestorben. Der frühere österreichische Außenminister im Kabinett Ramek, Dr. Heinrich Rataja, ist Samstag früh in Wien im Alter von 80 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben. Rataja, ein Christlichsozialer der alten Generation, war immer ein heftiger Gegner der Sozialdemokratie, trat aber in den Jahren seit 1933 vor allem scharf gegen den Nazismus auf. Die „Anschluß“-Idee hat er immer bekämpft. Er stand zuletzt den Legitimisten nahe.

Disfaktion des Internationalen Solidaritätsfonds für das republikanische Spanien. Am 16. Jänner ging von Paris unter Leitung des Generalsekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes, W. Schevenels, eine Karawane von 22 Lastwagen ab (17 vom Internationalen Solidaritätsfonds und fünf von der Confédération générale du Travail), beladen mit 50 Tonnen verschiedener Lebensmittel, insbesondere Fleisch- und Fischkonserven, Gemüsekonserven, Kaffee, Schokolade für die Kinder und Tabak für die Milizionäre. Die Sendung wird von einer Benzinzisterne begleitet. Es ist die 18. Sendung, die vom Internationalen Solidaritätsfonds in diesem Ausmaße nach Spanien gesandt wird. Die Wagen werden nach Valencia geleitet, wo sie zum Teil ausgeladen werden. Von dort aus fahren sie weiter nach Madrid zur Internationalen Brigade und werden auf der Rückfahrt gleich evaluierte Frauen und Kinder mitnehmen. Die Wagen bleiben in Spanien und werden dem Evaluierungsdienst zur Verfügung gestellt.

Reisefolge zur Abdankung Edwards VIII. Am 20. Jänner hielt bei der Bischofskonferenz in der Westminster-Abtei der Erzbischof von Canterbury eine Rede, in der er an den Todestag Georgs V. erinnerte und die Regierung seines ältesten Sohnes erwähnte. Die englische Presse verzeichnet die Worte des Erzbischofs: „Was die Umstände anbelangt, die zu seiner Abdankung führten, so ist jetzt Schweigen das Beste.“ Aber es hat den Anschein, als wenn demnächst im Unterhaus, das am kommenden Dienstag wieder zusammentritt, doch von der Abdankung die Rede sein wird. Die Regierung beabsichtigt nämlich, dem jetzigen Herzog von Windsor eine hohe Rente auszusprechen, aber die Opposition will sich gegen diese Absicht wenden. Die Konservativen haben für nächste Woche die oppositionellen Liberalen und die Labour-Party zu einer Vesperechung über die neue königliche Zivilliste eingeladen, die von einer aus Vertretern aller Parteien bestehenden Kommission festgesetzt werden soll. Die Labour-Party will den Anlaß benutzen, um den schon am Tage der Abdankung von Kitzee im Unterhaus angekündigten Vorstoß zur Vereinfachung und Demokratisierung des königlichen Hofes zu unternehmen. Sie weist darauf hin, daß sich an der Zivilliste, die im Jahre 1936 433.000 Pfund für



Pehr Svinhufvud, der jetzige finnische Präsident, von dessen eventueller Wiederwahl Berlin sich viel verspricht.

den König und 149.000 für die königliche Familie aussetzte, Ersparungen vornehmen lassen. Die Einkünfte aus den Herzogtümern Lancaster und Cornwall, die bisher der königlichen Familie zugeflossen, sollen künftig dem Staatsfiskus zugeteilt werden — und dem König ein festes Einkommen zugewilligt werden. Die Hofhaltung solle vereinfacht werden, der Hof solle kein Monopol der „Gesellschaft“ mehr, sondern eine Einrichtung für das ganze Volk sein und auch die Hofbeamten sollen nicht mehr einer privilegierten Gesellschaft angehören, sondern der Beamtenschaft entnommen werden. Wie der „Daily Herald“ bemerkt, befinden sich die Abgeordneten der Labour-Party, die bei Gelegenheit der Debatte über die Zivilliste eine Diskussion über die Republik herbeiführen wollen, in der Mehrheit.

England rüft. In ganz England werden die Motorfahrzeuge für Militärzwecke zur „Affentierung“ vorgeführt. Weiters finden durch Inspektoren des englischen Kriegsministeriums Garagenbesichtigungen statt. Für diese Zwecke wurden mehrere hundert ehemalige Offiziere der Genietruppen aus dem Weltkriege angeworben, die in kürzester Zeit diese Arbeiten absolvieren sollen.

Gerichtssaal

Zwei Generaldirektoren

suchen Absatz für einen 80.000-Kc-Treffer

Prag. — Vor dem Galldhaus des Herrn Benzelalous in einem kleinen Ort bei Schlan hielt ein elegantes Auto, dem zwei Generaldirektoren entstieg. Wenn diese Einleitung kurios vorkommen sollte, der sie verächtlich, daß wir damit nur die Aussage des Herrn Kalous wiederholen, der gestern als Hauptzeuge vor dem Strafanwalt Zrsoit erschien, während die Generaldirektoren auf der Anklagebank saßen, und zwar nicht in Gehrock und gestreifter Hose, worin sie damals dem Gastwirt Kalous so sehr imponierten, sondern in schlichten Gewand, das die Strafanwalt Bantrac ihren Anlässen zur Verfügung stellt. Doch fahren wir fort. Nachdem die beiden eleganten Herren ein Bier bestellt hatten, gaben sie sich unverzüglich zu erkennen, wobei der Gastwirt Kalous erfuhr, daß er es mit zwei Generaldirektoren der Klassenlotterie zu tun habe, die ins Schlaner Gebiet gekommen seien, um „das Geschäft zu heben“. Der Wirt fühlte sich geschnitten, erklärte aber zur Vorsicht, er könne keineswegs ein Los kaufen. Die Herren ließen sich, das Geld spärlich. Die Generaldirektoren lachten herzlich über die Zumutung, daß Herren ihres Ranges sich mit dem Verkauf von Losen abgeben sollten. Sie hätten eine viel großzügigere Mission.

Kurz und gut — es handelte sich darum, das Interesse der Bevölkerung an der Lotterie zu steigern, das gerade in diesem Bezirk zu wünschen übrig lasse. Das könne nur dadurch geschehen, daß man einer angesehenen und bekannten Persönlichkeit einen hübschen Treffer zukommen lasse — kein Kleinstbetrag, Gott bewahre, höchstens so einen Treffer von 80.000 Kc! Der Herr Restaurateur sei ja doch bekannt in der Gegend, ob er nicht vielleicht eine geeignete Persönlichkeit kenne? Man besprach die Sache von allen Seiten und ehe eine halbe Stunde vergangen war, waren sich alle drei darüber einig, daß es keine geeignete Person für die besagte „Werbeaktion“ geben könne, als den Gastwirt Kalous selbst, der also feierlich als Kandidat des nächsten 80.000 Kc-Treffers „vorgemerkt“ wurde. Daß ein Mann des praktischen Lebens auf einen so unsinnigen Schwundel hereinfallen konnte, ist bezeichnend für die unglaublichen Vorstellungen, die hinsichtlich solcher Dinge in weiten Kreisen herrschen. Es kann demnach kaum mehr wundernehmen, daß der Gastwirt sich ohne weiteres bereit erklärte, einen „Wörse nanteil von 5000 Kc“ (1) zu bezahlen, wofür er einen Haufen Prospekte und Papiere erhielt und ein Los einer längst gezogenen Lotterie. Die Schwindler zogen mit ihrer Beute ab und der vereingeleitete Wirt hielt tatsächlich die ehrenwürdige gelobte Diskretion, bis ihm bei der nächsten Ziehung die Zugen aufgingen. Er hatte den Schaden und für den Spott brauchte er nicht zu sorgen.

Was aber die beiden Generaldirektoren betrifft, so sahen diese bereits zwischen anderer Stücken hinter Schloß und Riegel. Es sind die beiden Verurteilten Sed und Schara, die inwischen auf anderthalb und zwei Jahre im Rittchen sitzen und mit heftiger Fassung der nun fälligen Laufstrafe harren. Als erfahrene Kriminalbrüder machten sie keinen Versuch, zu leugnen, um nicht den milderen Umstand des Geständnisses zu verlieren. Sie nahmen auch mit Gelehrtsche die ihnen zubilligten weiteren fünf Monate schweren Kerkers an.

Die Preisschiedskommissionen für Baumaterialien

Das Fürsorgeministerium teilt mit: Auf Veranlassung des Fürsorgeministeriums konstituierten sich bereits in den ersten Monaten nach Erlassung der Regierungsverordnung Nr. 27/1936 bei den Landesämtern Preisschiedskommissionen für alle bedeutenderen Arten von Baumaterialien. Diese Kommissionen können jedoch im Sinne der erwähnten Regierungsverordnung nur dann handeln und entscheiden, wenn durch Erhebungen des Landesaamtes festgestellt wird, daß die Produktions- oder Verkaufspreise irgend eines dieser Artikel unangemessen hoch sind. Die Landesämter haben auf Weisung des Fürsorgeministeriums sofort nach Publikation der Verordnung Erhebungen über die Preise aller wichtigeren Baumaterialien, besonders der Zement- und Bauglaspreise durchgeführt. Diese umfangreichen und schwierigen Erhebungen ergaben, daß die Preise dieser beiden Artikel unangemessen hoch sind. Die zuständigen Schiedskommissionen zogen daraus sofort die Konsequenzen durch Einstellung der Verteuerung und Herabsetzung der Zement- und Bauglaspreise in Böhmen. Danach erfolgte die Preisherabsetzung auch in den übrigen Ländern.

Die Landesämter führten jedoch gleichzeitig eingehende Erhebungen auch über die Preise anderer Baumaterialien, wie Ziegel, Keramik, Kalk, Eisen, Radiatoren, Bauholz u. a. durch. Diese Erhebungen, welche von den eigenen Organen der Landesämter und besonders hiezu ernannten amtlichen Sachverständigen durchgeführt werden, gelangten vorläufig nicht zu einem Ergebnis, welches das Einschreiten der Kommissionen begründen würde, d. h. zur Feststellung eines unangemessen hohen Preisanstieges. Die Verordnung über die Preisschiedskommissionen erfüllte vor allem insofern ihren Zweck, als sie im vergangenen Jahre eine weitere Preissteigerung fast überall verhinderte, die sonst schwer aufzuhalten gewesen wäre und im Jahre 1936 die Entfaltung der Baubewegung gefährdete.

Die Verordnung wird auch in Zukunft ihren Zweck überall erfüllen, wo sich zeigen sollte, daß die Verteuerung so unangemessen ist, wie es bei Zement und Bauglas der Fall war. Den Landesbehörden kann die Mitwirkung der Öffentlichkeit bei der Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe erleichtern. Es geht vor allem um die zentralen Interessenorganisationen, die nicht nur Erhebungen hervorgerufen können, sondern in deren eigenem Interesse es auch liegt, daß sie den Landesämtern die entsprechenden Berichte, Aufklärungen und Besene geben, wo immer ein Fall von unbegründeter und spekulativer Verteuerung von Baumaterialien sich ergibt. Ein entsprechendes Zusammenwirken dieser Organisationen mit den Landesämtern könnte das Verfahren sehr beschleunigen und ein Einschreiten der Schiedskommission in kürzester Zeit herbeiführen.

Es muß betont werden, daß die Verordnung über die Schiedskommissionen im Wesen eine außerordentliche Maßnahme darstellt, welche auf Initiative des Fürsorgeministeriums von der Regierung erlassen wurde, um Auswüchse der Preissteigerungen zu verhindern, solange nicht die Robelle des Kartellgesetzes verwirklicht wird.

Ungünstige Bilanz des vorjährigen Fremdenverkehrs

Der gesamte Reiseverkehr im vorigen Jahr weist eine bedeutende Erhöhung gegenüber dem Jahre 1935 aus, doch äußert sich diese in der

Zahlungsbilanz nicht zugunsten der Tschechoslowakei, da ein Ueberschuß der Auslandsreisen von Tschechoslowaken und ihr längerer Aufenthalt im Ausland zu verzeichnen ist. Im Jahre 1936 besuchten die Tschechoslowaken 1,9 Millionen Ausländer (1935: 1,7 Millionen), also um ungefähr 13 Prozent mehr. Die Auslandsreisen von Tschechoslowaken weisen im Jahre 1936 fast 1,5 Millionen Personen aus (1935: 1,25 Millionen), also um 17 Prozent mehr.

Der größeren Besucherzahl steht eine kürzere Aufenthaltsdauer gegenüber. Sie ging seit 1935 von 5,3 Millionen Tagen auf 5,1 Millionen zurück, während tschechoslowakische Staatsangehörige im vergangenen Jahre 8,3 Millionen Tage im Auslande weilten, um eine Million Tage mehr als im Jahre 1935. Die zahlenmäßige Zunahme der ausländischen Besucher betrifft alle erhobenen Staaten mit Ausnahme von Ungarn, während die Verkürzung der Aufenthaltsdauer mit Ausnahme der Ostländer bei allen ausländischen Besuchern zu beobachten ist.

Böhmische Escompte-Bank gegen Betriebsausschußmitglieder

Provozierende Haltung der Bankleitung

Wie berichtet vor einigen Tagen über die zwischen den Bankangestellten und den Vertretern der Unionbank sowie der Weba erfolgte Einigung über einige Angestelltenfragen. Die letzte Verhandlung fand am 19. d. M. statt.

Am 20. Jänner, einen Tag nach dem Vertragsabschluss, wurden den Beamten der Böhmischen Escompte-Bank und Creditanstalt Dr. Nepp, König, Bonner und Franke, die Mitglieder des Betriebsausschüßes der Weba sind, ein Schriftstück ausgestellt, welches eine Beschwerde der Bank darstellt, die bei der Schiedskommission nach dem Betriebsausschüßgesetz mit dem Verlangen eingebracht wurde, daß die Schiedskommission gemäß § 21 des B. G. A. die vier genannten Beamten ihrer Funktion als Betriebsausschüß-



Große Luftschutzwerbung in London
In diesen Tagen fand in London eine große Luftschutzwerbung statt, die der Bevölkerung in eindringlichster Weise die Gefahr von Giftgasangriffen durch Flugzeuge vor Augen führen sollte



Togal
hilft rasch bei Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Kopfschmerzen und bei Erkältungen. Haben Sie Vertrauen zu Togal. Ein Versuch überzeugt Viele Ärzte gutachten. In allen Apoth. K^o 12

Prager Zeitung

Wieder ein Opfer der braunen Barbarei verstorben. Wieder ein der Tod einen handhaften Kämpfer aus den Reihen der deutschen antifaschistischen Emigration. Am 20. Jänner starb der 30jährige Jakob Margulies, wenige Minuten vor einer geplanten Beinamputation. Margulies gehörte seit 1919 dem deutschen Arbeiterverband an. Politisch war er in der SPD organisiert. 1933 gleich nach dem Reichstagsbrand wurde er verhaftet und nach Chemnitz-Masberg überführt. Dort misshandelte man ihn, weil er sich weigerte, die Kameraden seiner Ueberzeugung zu verraten. Im Verlaufe des sogenannten „Verhörs“ wurde ihm das Rückenmark verletzt. Trotz seines furchtbaren Gesundheitszustandes behielten ihn die faschistischen Barbaren in ihren Klauen. Schließlich sollte er in das Konzentrationslager Sadenburg überführt werden. Dort schon wurde seine Aufnahme wegen seines Zustandes abgelehnt und man lieferete ihn als Schubhäftling in ein geschlossenes Siedehaus ein. Sein Leiden verschlimmerte sich bei der dort üblichen ganz unzulänglichen Behandlung. Margulies suchte nach einem Ausweg. Eines Tages gelang es ihm, durch ein zufällig offenes Tor zu entfliehen. Mit Hilfe von Fremden entkam er trotz seiner körperlichen Schwäche nach der Tschschowka. Hier in Prag kam er vollkommen erlöst an. Trotz der Bemühungen tschechischer Freunde war es lange Zeit nicht möglich, ihn in einem Sanatorium oder einer Heilanstalt unterzubringen. Erst Ende Dezember gelang es durch die Solidarität einiger tschechischer Ärzte, eine Arztstelle im Krankenhaus zu erhalten. Zu der in der Hof- und unbedeutend geliebten Wirbelsäulenverletzung kam noch eine Herzkrantheit und schließlich stellte sich noch ein Brand am Bein ein. Am den sonst sicheren Tod zu verhinieren, entschlossen sich die Ärzte, ein Bein zu amputieren. Es kam aber nicht mehr dazu. Das Herz war der Aufregung nicht mehr gewachsen und stellte kurz vor der Operation seine Tätigkeit ein.

Unfreiwilliger Doppelselbstmord? Wie gemeldet, wurden am 18. ds. in einer Wohnung in Bubenská das dort beschäftigte Dienstmädchen Marie Javodil und deren Geliebter, der Friseur Alois Wolfmann, in bewußtlosem Zustande gaskammerartig aufgefunden. Die Javodil gab nun an, daß sie ohne Wissen der Angehörigen die Gaskammer geöffnet habe; daß er also an dem gemeinsamen „Selbstmord“ keinen Teil habe. Die Strafansage über den Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens wurde auf dieses Geständnis hin erlassen.

Der Dieb bestiehlt andere des Diebstahls. Der Anhaber einer Schloßkammer in der Režalova in Prag II. bemerzte seit einiger Zeit fortgesetzte Diebstähle aus dem Lagerraum, die bereits eine Höhe von über 20.000 Kč erreicht hatten. Der Hausmeister verdächtige mehrere Partien und Dienstmädchen im Hause des Diebstahls, so daß gegen einige von ihnen auch Vorverhandlungen eingeleitet wurden, die allerdings die völlige Haltlosigkeit der Beschuldigungen ergaben. Nun wurde festgestellt, daß der Hausmeister selber der Täter ist. Da er noch nicht vorbestraft ist, wurde sein Name nicht bekanntgegeben.

Den brennenden Weihnachtsbaum durchs Fenster geworfen. Vorgesestern abends nach zehn Uhr geriet in der Wohnung des Albert Niedergerlach in Smichow der Weihnachtsbaum in Brand, als die letzten Kerzen abgebrannt wurden. Das Feuer ergriff auch die Vorhänge und einige Möbelstücke. Darüber erschrocken, ergriff Niedergerlach den brennenden Baum und warf ihn durch das Fenster seiner im ersten Stock gelegenen Wohnung, das er hierbei überdies zerstückt, auf die Straße. Vom Wind war die Straße in diesem Augenblick menschenleer, so daß weiter kein Unheil angerichtet wurde. Das Feuer konnte nach vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden; der Schaden ist gering.

Deutsche Eltern in Russe Panik. P o d o l und K r t i s c h werden erlucht, ihre genauen Anschriften, sowie die Namen und Geburtsdaten ihrer Kinder an den Obmann der Kulturverbandsgruppe für Russe und Umgebung, Herrn Heinrich Diehl, Russe II., U Sovomoci 887 oder Ernst Strnad, Prag II, Pflanzersova n. 4 bekanntzugeben. Vor allem sind die im Jahre 1931 und später geborenen Kinder zu melden. Es handelt sich um die Feststellung der Möglichkeit der Errichtung einer eigenen deutschen Schule.

Das Ausflugsreferat der tschechoslowakischen Staatsbahnen veranstaltet zu den Sommerferien in den Tagen vom 30. Jänner bis 7. Feber Ausflugszüge mit vollständiger Verpflegung ins Adlergebirge für 315 Kč, ins Riesengebirge für 390 Kč, nach Zuboch für 490 Kč und in die Hohe Tatra für 550 Kč. Informationen und Anmeldungen beim Ausflugsreferat der tschechoslowakischen Staatsbahnen, Bazar neben dem Wilsonbahnhof, Tel. 368-35.

Die Staatsbahnverwaltung in Prag teilt mit, daß infolge der wenig günstigen Schneeverhältnisse der Sporttag Prag-Wilsonbahnhof nach Sudoměřice-Remišov Sonntag, den 24. Jänner, entfällt.

Kinderfreunde
Ortsgruppe Prag: M o n t a g den 25. Jänner, um 8 Uhr abends im Parteibeamten-Ausflugszug.



Prag im Schnee — Am „Stern“-Park
(Zeichnung von E. Arnold)

Kunst und Wissen

Schöne Arbeitervorstellung. Sonntag, den 7. Feber, um halb 3 Uhr nachmittags „Matura“, Komödie in drei Akten von Ladislav Rodo. — Der allgemeine Vorverkauf beginnt Mittwoch, den 27. Jänner 1937, bei Optiker Deutsch, Graben, Koruna.

Deutsche Musik-Akademie. Mittwoch, den 27. Jänner, Interner Abend, 20 Uhr im Saale des Lyzeums, Prag II, Charvátova 5. Werke von Bach, Brahms, Dvořák, Ernst, Mahler, Mussorgski und Strauß.

Gastspiel Leopold Kramer und Pepi Kramer-Glädner in dem Lustspiel „Z e a n“ von Gus-Relete Donnerstag in der Kleinen Bühne. Wiederholung nächsten Sonntag.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Sonntag 1/2 3: Liebe eines Fremden, Abschiedsvorstellung Deutsche, 7 1/2: Die Jarenbraut, Uraufführung, C 1. — Montag 6 1/2: Minna von Barnhelm, Theatergemeinde der Jugend, 1. Serie, rote Marien und freier Verkauf, Absonn. aufgeh. — Dienstag 8: W a d a m e h a t A u s a n a, Gastspiel Paul Höbiger, A 1. — Mittwoch 7 1/2: Die Jarenbraut, B 2. — Donnerstag 7 1/2: Ein Maskenball, C 1. — Freitag 8 1/2: Auf der grünen Wiese, D. — Samstag 7 1/2: Fräulein Elise, Uraufführung, A 2.

Wochenplan der Kleinen Bühne. Sonntag 8: Ägel an der Himmelstür, 8: Matura. — Montag 8: Firma, Bankbeamte 1 u. freier Verkauf. — Dienstag 8: Firma. — Mittwoch 8: Gefängnis ohne Gitter, Bankbeamte 2 u. freier Verkauf. — Donnerstag 7 1/2: Jean, Gastspiel Leopold Kramer und Pepi Kramer-Glädner. — Freitag 8: Matura. — Samstag 8: Jean, Gastspiel L. Kramer und Pepi Kramer-Glädner.

Mitteilungen der „Urania“

„Unvergeßliche Filme“: „Die rote Barin“ mit M. Dietrich, Montag 1/2, 3/4, 4/9 Uhr.

Techn. Prof. Dr. Wehner spricht über „Technik von einst und heute“ Dienstag 8 Uhr. Karten: Urania, Wehler, André.

Univ. Prof. Dr. Utis Vortrag „Der Mensch angesichts des Todes“, Donnerstag 8 Uhr. Karten: Urania, Wehler, André.

Univ. Prof. Dr. Konnenbrun spricht über die „Grippe“, Freitag 8 Uhr. Karten: Urania, Wehler, André.

Urania-Kino
„Das Frauenparadies“ ist der lustige Sie-a-a-K-Film über den Sie herzlich laden werden. Heute 2, 4, 6, 4/9 Uhr.

Der Film

Der Untergang des Schiffes „Balkan“. Eine unwahrscheinliche Geschichte erzählt dieser amerikanische Film (dessen Titel eigentlich „Ben die Götter vernichten“ heißt). Ein New Yorker Bürobedienter rettet sich von einem sinkenden Ozeandampfer, nachdem er sich vorher heldenhaft an der Rettung von Frauen und Kindern beteiligt hat, durch eine Wassertrabe: er hüllt sich in weibliche Kleidungsstücke und wird so von einem der Rettungsboote aufgenommen. Aber als er dann glücklich (wenn auch mit Augenentzündung) das Festland erreicht hat, schämt er sich seiner Feigheit. Während die Zeitungen seinen Heldentum ausposaunen und man ihm eine Lebenskassette im Theatertribunal widmet, hält er sich unter falschem Namen als Tellerwäscher und Puppentheater-Gehilfe verborgen, bis er dann schließlich unerkannt seinem ebenfalls Theaterstücke schreibenden Sohne Beistand leistet und dann auch noch seine Frau wiederfindet, was zum glücklich-verheirateten Ausklang führt. Die Handlung ist ohne Rücksicht auf Wahrscheinlichkeit erdacht — und besonders in einer Zeit, in der sich auch die falschen Heldentum als unzerstörbar erweisen, wird dies

mand das Verhalten des Geretteten begreifen, aber auch nicht das Verhalten der amerikanischen Polizei, die es ängstlich vermeidet, seinen Namen festzustellen. Der Regisseur Walter Lang hat es nicht fertig gebracht, aus dieser Geschichte einen richtigen Reiz zu machen. Nur die Szene des Schiffuntergangs ist aufregend geraten, alles andere aber langweilig und sentimental. Die Hauptrolle spielt Walter Connolly mit viel mimischem Aufwand, aber ohne große Wirkung. Immerhin überträgt er die anderen Mitwirkenden.

Vereinsnachrichten

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker

Dienstag, den 26. Jänner, 20 Uhr im RVS-Beim, Prag II, Spálená 46, 2. Stod. Referat des Genossen Dr. E. Strauß über

„Wirtschaftsprobleme im Lichte des Marxismus“.

Gäste, die unserer Vereinigung nahestehe, sind herzlich eingeladen.

Dienstag, den 2. Feber, Referat von Genossin Trude Fanta über „Die heutige Lage in der Tschechoslowakischen Republik“.

Allgemeiner Angestellten-Verband, Prag II. Am 18. und 19. Jänner, 20 Uhr von 6 bis 1/2 8 Uhr. — Unser Angestellter Ball findet Samstag, den 27. Feber, im Deutsches Handwerkervereines in Prag II., Ve Smečláč 22. Waschen und Trachten erwünscht. Ballmusik der Kapelle Payerl. Eintritt: im Vorverkauf K 10.—, an der Kasse K 13.—.

37. Prag. Klubabend heute, halb 8 Uhr abends, im Gewerkschaftshaus am Běrdáin, vegetarische Speisekarte, Souvenir. Gäste willkommen!

Fachschulball des Klubs deutscher Buchdrucker in Prag am Samstag, den 6. Feber, abends 8 Uhr, im großen und kleinen Saale des Deutschen Handwerkervereines in Prag II., Ve Smečláč 22. Waschen und Trachten erwünscht. Ballmusik der Kapelle Payerl. Eintritt: im Vorverkauf K 10.—, an der Kasse K 13.—.

Sport-Spiel-Körperpflege

Sowjetrussischer Wintersport. Die Skimeisterschaft der SSSR gewann „Spartak“. Von den bei den letzten Veranstaltungen durchgeführten Kontingenzen waren zu erwähnen: B. Tschistjakow (Spartak) durchlief die 5-Kilometer-Strecke in 25:34 Min. Heber 20 Kilometer brauchte Korolew (Spartak) 1:21:09 Std. Arshlow vom Sportklub „Lokomotive“ sprang bei Leningrad 42,5 Meter weit. Im Eislaufen erzielte über 1500 Meter Ledebiew eine Zeit von 2:31,8 Min. Der Meister der SSSR ist Anisalow, der vorstehende Strecke in 2:29 Min. absolvierte. 500 Meter: Balonow 49,8 Sek. Die 1000 und 3000 Meter legte S. Baromow in 1:48,8 bzw. in 6:01,8 Min. Heber 5000 Meter benötigte Diekofophtow 9:11 Min.

Die Effizienz des Verbandes der tschechischen Arbeiterinnen führt am 31. Jänner in Spindl, Le rm ü h l e ihre alljährlichen Meisterschaftsläufe über 16 Kilometer für Männer und 8 Kilometer für Frauen durch.

„Streng inkognito“ ist — wie eine Prager Zeitung geschäftlich mitteilen weiß — in Prag eingetroffen der Herr des Goebels und Gitters: Max Schmeling. Vier Tage wird er in der Hauptstadt verweilen, bei seiner hier derzeit filmenden Frau. Die demokratische Luft möge ihm gut bekommen und möge er auch nicht vergessen, seinem „Führer“ danach zu melden, daß in dem Hotel, wo er absteigt, keine russischen Fliegeroffiziere antreffen waren...

Verlangt überall Volkszunder



Hochleistungs-Drehbänke, Fräsmaschinen, Radialbohrmaschinen, Bohrwerke, Shaping- u. Hobelmaschinen Spindelkutter
in modernster Ausführung erzeugt:
Werkzeugmaschinenfabrik Arno Plauert
Warnsdorf, CSR.

Sozialversicherungs-Briefkasten

In dieser regelmäßig am Sonntag erscheinenden Rubrik werden Anfragen unserer Leser über Sozialversicherungs-, Kranken-, Alters-, Invaliditäts-, Unfall- und Pensionsversicherungsangelegenheiten beantwortet.

W. S. Gradlly. Eine freiwillige Fortsetzung der Invalidenversicherung wird bei Ihnen erst möglich sein, bis Sie in der Pflichtversicherung mindestens 40 neue Beitragswochen erworben haben werden. Das Recht der freiwilligen Fortsetzung der Invaliditäts- und Altersversicherung hat nämlich gemäß § 129 a) nur ein Versicherter, der die Wartzeit vollstreckt hat. Sie werden die Wartzeit vollstreckt haben, bis Sie wieder 40 Beitragswochen in der Pflichtversicherung erworben haben werden, denn erst dann wird die Beitragszeit von 1928 bis 1931 wieder anrechenbar sein, vorausgesetzt natürlich, daß Sie noch vor dem 4. Jänner 1941 in die Pflichtversicherung treten.

Die Schutzfrist gemäß § 129 a) gilt für jeden Versicherten. Sie dachten bei Ihrer Anfrage wahrscheinlich an die Schutzfrist gemäß § 129 a) oder 129 b). Ob für Sie eine dieser beiden fünfjährigen Schutzfristen gilt, hängt davon ab, ob Sie seit dem Erlöschen der Pflichtversicherung nachweislich arbeitslos sind oder sich selbstständig gemacht hatten. Auf jeden Fall sind aber bei Ihnen auch diese beiden Fristen bereits verstrichen. Falls Sie sich spätestens bis 4. Jänner 1936 zur freiwilligen Fortsetzung der Invalidenversicherung gemeldet hätten, wäre Ihnen diese wahrscheinlich bewilligt worden. Derzeit bleibt Ihnen nur die einmündig angeordnete Möglichkeit, Ihre Ansprüche wieder aufleben zu lassen und dann durch die freiwillige Fortsetzung der Versicherung zu erhalten und zu erhöhen.

A. M.: Ihrem Schreiben entnehmen wir: Sie wurden in der Schutzfrist ins Krankenhaus aufgenommen. Die Krankenversicherungsanstalt trug die Verpflegskosten im Krankenhaus nicht, zahlte Ihnen aber das Krankengeld aus. Zu Ihren Anfragen bemerken wir: 1. Die Krankenversicherungsanstalt ist nicht verpflichtet, den Verpflegskostenaufwand im Krankenhaus zu bezahlen, wenn Sie erst in der Schutzfrist ins Krankenhaus aufgenommen wurden. 2. Das Krankenhaus ist nicht berechtigt, von Ihnen die Verpflegskosten zu fordern. Verufen Sie sich auf § 149, Absatz 1, letzter Satz, des Sozialversicherungsgesetzes!

E. M. in B. Ihre Anfrage erledigen wir schriftlich.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

- Urania-Kino: „Das Frauenparadies.“ —
- Abria: „Moskau-Schanghai.“ Pola Negri. A. —
- Alfa: „Mads Garden.“ Marlene Dietrich. A. —
- Apollo: „Seine Tochter ist der Peter.“ I. Stark. D. —
- Avion: „Die Teufelspuppe.“ A. —
- Bermet: „Napoleon Januar.“ Ch. Temple. A. —
- Feinix: „Ein Kamel geht durch ein Nadelöhr.“ G. Haas. Tsch. —
- Hera: „Die Zwanzigjährige.“ Silvia Sidon. Marshall. A. —
- Hollywood: „Der Untergang des Schiffes Balkan.“ A. —
- Ovija: „Der Hund von Wasserfälle.“ D. —
- Jalid: „Port Arthur.“ A. Wohlbrück. D. —
- Darieux. Fr. —
- Kinema: „Journale, Grottesken, Reportagen.“ —
- Koruna: „Aktualitäten, Journale, Grottesken.“ —
- Kotva: „Die Teufelspuppe.“ A. —
- Lucerna: „Ein Kamel geht durch ein Nadelöhr.“ Tsch. —
- Metro: „Der Untergang des Schiffes Balkan.“ A. —
- Passage: „Wo die Lerche singt.“ D. —
- Praha: „Charlie Chan auf der Rennbahn.“ A. —
- Radio: „Das Haffongert.“ D. —
- Stant: „Anna Karenina.“ Greta Garbo. A. —
- Schlagor: „Port Arthur.“ D. —
- Alma: „Marquis Corbal.“ A. —
- Bajtal: „Anna Karenina.“ Greta Garbo. A. —
- Belvedere: „Wann ist unsere Hochzeit?“ A. —
- Belvedere: „Das Haffongert.“ D. —
- Carlton: „Das Haffongert.“ D. —
- Musson: „Anna Karenina.“ Greta Garbo. A. —
- Ka-pitol: „Die kleine Diktatorin.“ Claudette Colbert. A. —
- Konvikt: „Anna Karenina.“ A. —
- Libo II: „Anna Karenina.“ A. —
- Louvre: „Das Haffongert.“ D. —
- Mocca: „Anna Karenina.“ A. —
- Olympie: „Die kleine Diktatorin.“ Claudette Colbert. A. —
- Verdha: „Verken aus dem Kronschab.“ A. —
- Koz: „Anna Karenina.“ Greta Garbo. A. —
- Zebra: „Wutteschaft.“ Fr. Roslav. Fr. —
- U Bejova: „Einer zu viel an Bord.“ D. —
- Valbet: „Anna Karenina.“ A. —
- Velétrny: „Das Haffongert.“ D. —

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die letzte kalte und rauhe Jahreszeit bedingt Erkältungen jeder Art. Rheumatische und giftige Beschwerden stellen sich ein und machen das Leben der Kranken zur Qual. Sie können sich dagegen schützen, wenn Sie rechtzeitig einige Togal-Tabletten einnehmen. Togal ist ein anerkannt schmerzstillendes Mittel mit promptem und sicherer Wirkung. Togal wird auch Ihnen helfen. In allen Apotheken.

W e a n g s b e d i n g u n g e n: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 10.—, vierteljährlich K 48.—, halbjährlich K 96.—, ganzjährig K 192.—. — Abnahme werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einkäufen Preisnachlaß. — Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einreichung der Retourmarken. — Die Beitragsfrankatur wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.G., Prag.